

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.35 M. (Bestellgebühr vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 M. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 12008.

Inseraten kosten die 7gesparte Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatvorrichtung 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Laufendes, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Kriegsfredite in erster und zweiter Lesung angenommen

Der Ostfriede und die Unabhängige Sozialdemokratie.

Elf kleine Auszüge gab es am Anfang der Dienstagssitzung des Reichstages zu erleben. Dazu konnte die Befreiung der Friedensverträge fortgesetzt werden. Der Nationalliberale Stresemann begann mit dem artigen Spiel, je einen Regierungsozialisten mit einem scharfen Gesinnungssteuende totzuschlagen. Dr. Rentsch, Dr. Quessel, Kampfmuher, Wendel hatten ihm dazu so reiches Material geliefert, wie David und seine näheren Freunde. Expanions- und Annexionspolitik schaffte keineswegs Feindseligkeit, meinte er; Sieg heißt die Lösung, und so fort. An einen kommenden Wirtschaftskrieg glaubte auch er, dabei würden die Amerikaner im Vor teil sein. Gleichwohl: das Schicksal Russlands diene als warnendes Beispiel. Graf Westarp, der als Redner folgte, hätte gewünscht, dass Rußland wirtschaftlich weniger geschont werde; es hätte Kriegsentzündung zahlen müssen. Auch der konservative Redner hielt den Abhängigen einen Spiegel vor. Früher hätten sie sich nicht genug darin tun können, den Volksgeist Solidarität und Sympathie entzugszulieben, und nun zeigen sie diese Trennungsfürche. Am übrigen hält es Graf Westarp mit der Ehrlichkeit. Eine Annexion sollte man auch beim richtigen Namen nennen, ein „Reichsgrund“ finde sich bald.

Genosse Ledebour, der nun zu Wort kam, stellte fest, dass am Montag die drei Regierungsparteien, am Dienstag die drei Annexionsparteien ihre Meinung geäußert hätten. Die erste Gruppe zeigte sich zufrieden, die Annexionisten hingegen seien mit dem Ergebnis des Friedensschlusses zufrieden. Deutlicher könne in der Tat das Wesen dieses Friedens nicht gekennzeichnet werden. Wenn die Unabhängige Sozialdemokratie diesen Frieden ablehne, so wünsche sie selbstverständlich nicht eine Verlängerung des Krieges, sondern sie wolle einen Druck auf die Regierung ausüben, damit ein besserer Frieden zustande komme. Deutschland hat jetzt die Macht, einen Zwangsfrieden im Osten abzuschließen; es hat also auch die Macht, einen Ausgleichsfrieden herbeizuführen. Offenbare die Regierung ihre unveränderliche Kürzlichkeit, so solle der Reichstag vernünftig genug sein, sie zu korrigieren. Der Ostfriede in seiner jetzigen Gestalt bedeute die schwerste Gefahr für den Weltfrieden. Schon aus diesem Grunde müssen wir gegen diesen Friedensschluss sein. Würden die Kritiker vom Tage zuvor grundständige Politik treiben, dann müssten auch sie zur Ablehnung kommen. Gegen Stresemann bewies Ledebour, dass die nationalen Politiker immer recht haben, sobald sie fremde Regierungen kritisieren; im deutschen Reichstage aber haben die Vertreter des deutschen Volkes, vor allem die deutsche Regierung zu kritisieren. In der Hand von Dokumenten begann dann Ledebour mit solcher Kritik. Er zeigte, wie das Kommando von Oberst Vollstreitung im Okkupationsgebiet gemacht und „Schindler mit unsern Rechtsbegriffen“ getrieben habe. Die Wahl der einzelnen Mitglieder des kurfürstlichen Landesrats unterlag der Bestätigung des Kommandos von Oberst. Von achtzehn Vorstehern, denen man die Verantwortung und Vollziehung solcher Wahlen anmutete, lehnten 17 ab, dem nochzukommen. Den letzten suchte man zu suggerieren, dass sie ein holländisches Staatswesen gründen helfen müssten.

Herr Stresemann, dem diese und ähnliche Feststellungen im höchsten Grade unangenehm waren, rügte unsern Redner durch laute Zwischenrede zu verwirren. Er wurde aber durch eine treffende Abfuhr bald zum Schweigen gebracht. Nunmehr glaubte Herr Paalke auf dem Präsidentenstuhl das einzige tun zu müssen, um Ledebour an weiteren heiklen Ausführungen dieser Art zu hindern. Unser Genosse verbat sich energisch diese Eingriffe in die sachliche Debatte und sandt durch die Fraktion, ja darüber hinaus bei einigen Abhängigen die trefflichste Unterstüzung. Das wirkte schließlich auch, Ledebour konnte ungehört zu Ende sprechen. Ungehorsam gegen die deutsche Politik, ja Aneignung eines Flugblattes, das zu solchem aufruft, wird im östlichen Okkupationsgebiet mit Todesstrafe bedroht. Polen und Ukrainer wurden gegenwärtig durch die bekannte Verfolgung über das Cholmer Land; in Rumänien wurde die rechtmäßige „rote“ Regierung verjagt und die unrechtmäßige unterstützt; dabei hat sich die deutsche Regierung als nacktes Organ des kapitalistischen Klassenkampfes gegen den Sozialismus erwiesen. Und nun das seltsamste der Debatten über den Ostfrieden. Nicht einer der andern Redner hatte sich darüber geäußert, dass durch die Auslieferung von Karls und Baum an die Türken die christliche armenische Bevölkerung dieser Distrikte der völligen Ausrottung

überliebert wird. Wo war da das Christentum der Christen im Reichstage? Nach dem Abschluss des Ostfriedens ist die Resolution vom 19. Juli mit noch ein Zeichen Papier: das hinderte Erzberger freilich nicht, von der Freiheit der Völker zu reden, die in Wirklichkeit vergewaltigt worden seien. Die Zeit werde kommen, so schloss Ledebour seine eindrucksvolle Rede, wo der Fluch der Annexionspolitik allgemein erkämpft werden wird.

Dem zweiten Tage der Debatte über den Ostfrieden hatte die Unabhängige Sozialdemokratie das Gepräge gegeben. Awar redeten noch Mumml, Fürst Radziwill und der Dane Hansen, der ein gutes Wort für die Bewilligung von Aland einlegte, die sich zu 95 Prozent für den Aufstand an Schweden ausgesprochen habe. Aber den Mittelpunkt der Debatte bildete doch die Rede des Genossen Ledebour, die höchstlich die Wirkung haben wird, doch man nicht an den Friedensdiktaten der deutschen Arbeiter, an ihrem Willen, gegen die Annexions- und Gewaltspolitik ihre Stimme zu erheben, zu zweilen braucht.

Die Sitzung schloss mit der Annahme der neuen Kriegsfredite durch die Mehrheit des Reichstages. In einer Beratung darüber einzutreten, hielt man nicht für nötig. Der Reichshabschreiber legte schauderbar einige Worte, dann gab Genosse Daase die Erklärung ab, dass die Unabhängige Sozialdemokratie gegen die Kredite stimmen müsse. Die Regierungsozialisten hielten sich in Schweigen, schweigend stimmten sie mit den bürgerlichen Parteien in der ersten und zweiten Lesung den Kriegsfrediten zu. Nun bleite sich dem Vorwärts die äußerste Gelegenheit, zu beweisen, dass auch diesmal die Abhängigen die Interessen der Arbeiterklasse am wärmsten vertreten haben. Er kann diesmal hemmungslos sowohl nach rechts wie nach links solchen Nachwuchs führen, da das Gewissen seiner Rebekturen ja nicht einmal durch eine öffentliche Erklärung erschwert ist.

Der Hauptrauschuss zur Lichnowski-Broschüre.

Berlin, 19. März. Am 16. März fand im Hauptrauschuss des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken beschäftigte, welche gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet seien. Bei Eröffnung der Diskussion führte der Stellvertreter des Reichskanzlers Exzellenz von Payer folgendes aus:

Es handele sich in erster Linie um eine

Denkchrift des Fürsten Lichnowski

vom 14. August 1916, der von 1912 bis 1914 das Deutsche Reich in London vertreten habe. Sie sei dattert vom 1. August 1916 und beziehe sich auf unsere Auslandspolitik seit der Zeit des Fürsten Bismarck, die der Fürst im Zusammenhang mit einer Schilderung seiner Londoner Tätigkeit niedergeschrieben habe. Über ihre Entstehung und Veröffentlichung habe er sich selbst am 5. d. M. dem Herrn Reichskanzler gegenüber folgendermaßen gehörig:

„Euer Exzellenz ist es bekannt, dass mein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1916 niederschrieb, durch einen unehrenhaften Vertrauensbruch den Weg in weitere Kreise gefunden haben.“

„Zur Erläuterung der Angelegenheit darf ich nachstehendes berichten:“

„Es handelt sich im wesentlichen um subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Auslandspolitik seit dem Berliner Kongress. Ich erkläre in der selteneren Abfertigung von Russland und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Wurzeln des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marokko- und Flottenpolitik einer kurzen Beleuchtung.“

„Meine Londoner Mission konnte hierbei natürlich nur so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung die Einzelheiten meiner dortigen Erlebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meine Erinnerung entchwanden.“

„Diese gewissmachten nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnisse niederschrieb, glaubte ich einigen ganz wenigen politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen die Zusicherung unbedingter Verschwiegenheit zeigen zu können.“

„Leider hat einer dieser Herren ohne mein Wissen einem in der politischen Abteilung des Generalstabes angehörenden und mir unbekannten Offizier, der sich für die einschlägigen Fragen lebhaft interessierte, meine Schrift zu lesen gegeben. Zur völiger Verfehlung der Tugendwerte seines Schriften hat letzterer die Schrift veröffentlicht und an eine Reihe mit meist unbekannter Persönlichkeit verschickt.“

„Als ich den Umgang erfuhr, war es leider schon zu spät, um alle ausgegebenen Exemplare restlos einzulehen zu können. Ich habe mich dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, darausbit zur Verfügung gestellt und ihm mein kleinstes Bedauern über die ganze peinliche Angelegenheit zu erkennen gegeben. In steter Fühlung mit

dem Auswärtigen Amt bin ich seither bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung meiner Betrachtungen möglichst entgegenzuwirken, selber ohne den gewünschten Erfolg.“

„Eure Exzellenz wollen mir gestatten, mein bereits mündlich vorgetragenes lebhaftes Bedauern über den höchst ärgerlichen Vorfall noch in dieser Form zu erneuern.“

In aufrichtiger Verehrung

Euerer Exzellenz

ganz gehorauer

Seiner Exzellenz dem Reichskanzler

Herrn Grafen von Herling.“

Mittlerweile habe der Fürst sein Abschiedsgesuch erreicht und bewilligt erhalten, und da ihm zwecklos seine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um eine Unvorstellbarkeit gehandelt habe, habe man davon absehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne seiner Darstellungen und Behauptungen auch im Hauptansicht Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Wissenschaft nicht bekannt. Es seien ihm anscheinend von dritter, falsch unterschätzter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst zugegeben habe.

Als Schlüssel für die Freiämter und die Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Lieberschwäche der eigenen Verdienste durch den Fürsten herauszuheben, die von einem förmlichen Haß gegen diejenigen begleitet sei, die seine Leistungen nicht anerkennen, wie er es erwarte. Lieberschwäche mit diesen Zugieichen sich durch die ganze Denkschrift hindurch eine auffällige Verkrüppung für die fremden Diplomaten, namentlich die englischen, die wahrsch lieblich dargestellt würden und im Gegenzug dazu eine ebenso auffällige Geringschätzung gegen fast sämtliche deutschen Staatsmänner.

Bei einer solchen Verkrüppung der Menschen sei es kein Wunder, dass der Fürst bei seiner Darstellung zu falschen Schlüssen gekommen sei. So gebe er selbst zu, dass er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es über vermieden habe, dass man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Freitum allein möge es erklären, dass der Fürst sein ungetriebenes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Zu einzelnen gehe aus der Denkschrift, dass der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Ablösung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, dass trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst seine weitergehende Bedeutung beigemessen und es über vermieden habe, dass man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Freitum allein möge es erklären, dass der Fürst sein ungetriebenes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Zu einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, dass der Fürst schon im Sommer 1914, wie bei Ablösung der Denkschrift die Ansicht vertreten haben wolle, dass trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst seine weitergehende Bedeutung beigemessen und es über vermieden habe, dass man in Berlin die Lage anders beurteilt habe. Schon dieser Freitum allein möge es erklären, dass der Fürst sein ungetriebenes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung gehabt habe.

Die angeblichen Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, ständen in einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit der objektiv festzustellenden Wahrheit. Nedner führte dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, dass Generaloberst von Moltke zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juli 1914 in Potsdam abgehaltenen Konvents und der Verhandlung eines österreichischen Protocols über den angeblichen Kontrakt an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem Protokoll der Zusagenhalten gewesen sei; Es werde nichts schaden, wenn auch daran ein Krieg mit Russland entscheide. Diese sämtlichen Behauptungen seien nachweisbar falsch. Ebenso die Behauptung, dass der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung Graf Bourtalés habe verichtet. Russland werde sich unter keinen Umständen rütteln. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, dass man nicht seine Auseinandersetzung entsprechend die serbische Krise durch eine Konferenz zu beenden verucht habe, sei leicht unverkennbar, und die Verhandlungen des Sachalinom-Prozesses hätten gezeigt, wie unbegründet seine Vorwürfe seien, dass Deutschland die russische Mobilisierung mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vermittlungsbemühungen Englands abgelehnt.

Ganz besonders dringend sei von Berlin aus der lebte Vermittlungswunsch Sir Edward Grey in Wien befürwortet worden, wie aus den Auseinandersetzungen hervorgehe, die der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 9. November 1916 im Hauptrauschuss bekannt gegeben habe. Ungläublicherweise für den Fürsten habe er seine Denkschrift drei Monate zu früh vorgelegt.

Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedenstiefe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung eines Vorganges am 1. August 1914. Damals habe der Fürst infolge eines telefonischen Missverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihn die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleibe. Sofort nach Erstellen dieses Telegramms sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgesandt, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzutreten, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Dass die Weltmeister offiziell gewesen waren, andere an der Bewertung des

deutschen Schritte nicht. Wenn die Tatschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, dass diese sich nur auf die Bagdadbahn und auf die vorangegangenen Aktionen beziehen hätten; eine Gesamtverständigung mit England sei angesichts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angehoben des unbedingten Festhaltens Englands an der Ententepolitik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marchenabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten begreiflicherweise nicht zu stande gekommen.

Der Zweck der Tatschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Feind zeigen, eine wieviel bessere und einflüssigere Politik der Verbündeten gemacht und wie er dem Reich den Frieden geschenkt hätte, wenn man seinen Anschlüssen gefolgt wäre. Aus diesem Grunde an sich werde dem Fürsten niemand einen Vorwurf machen. Es sei ihm auch freigestanden, sich Aufzeichnungen über die Vorgänge und über seine Stellung zu denselben zu machen. Aber dann hätte er die unbedingte Verpflichtung gehabt, dass für zu sorgen, dass sie nicht an die Öffentlichkeit kommen können, und so klein der von ihm in Aussicht genommene Verteilungsraum sein möge, hätte er doch die Verpflichtung gehabt, nichts den ihm bekannten Tatsachen widersprechendes zu behaupten und das ihm zugesagte Tatsachenmaterial zu prüfen. So wie die Dinge jetzt liegen, werde die Tatschrift, die doch nur beweisen solle, dass die Weltgeschichte nur deshalb in solche Rahmen gefasst worden sei, weil man andernfalls ihm, den Alliierten, um seinen Erfolg bemüht hätte, bei den Nebenfolgenden historischen Wert habe die Tatschrift nicht, sie sei auch nicht bestimmt dazu, den objektiven Wahrheit zu dienen, sondern lediglich den subtilen Zwecken eines einzulieben.

Das weitere handle es sich um ein in Briefform geließtes, von einer größeren Anzahl von Personen verfasstes und seither verfaßten Dr. Mühlau, der zur Zeit des Kriegsausbruches Mitglied des Kreppischen Direktoriums gewesen sei. Die Echtheit sei bis jetzt nicht bestritten worden. Die Zeit der Abfassung sei nicht bekannt. Dr. Mühlau sei nach dem Brief in der zweiten Hälfte Juli 1914 hintereinander bei zwei bekannten Herren in hervorragender Stellung gewesen und erwähne angebliche Neuheiten, die dort nur bewiesen solle, dass es der deutschen Regierung im Juli 1914 an dem Friedenewillen gelehnt habe. Die beiden Herren hätten sich schriftlich dahin geäußert, dass es sich bei Dr. Mühlau um einen nervenreichen Mann handle, der schon zur Zeit seiner Tätigkeit in Essen nicht habe in einem Raum eintreten können, in dem mehrere ihm unbekannte Herren versammelt seien, und der nach seinem Antritt aus dem Direktorium wiederholt mit seinen Nerven zusammengebrochen sei und längere Zeit anschließend seiner Erholung habe leben müssen. Eine absichtliche Schädigung des Kaiserreichs durch denselben nehmen sie nicht an, widerstreichen dagegen bestimmt den ihnen in den Mund gelegten Neuheiten, aus denen Dr. Mühlau seine Schlüsse ziehen wollte. Sie könnten keine Niederschrift nur als pathologisch bezeichnen. Er müsse Dinge, die er von andern oder in einer späteren Zeit gehört oder sich in seiner Phantasie ausgedacht habe, mit dem Inhalt der tatsächlich stattgefundenen Unterredungen zusammengeworfen haben. Eine Nachprüfung der angeblichen Behauptungen der Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar gewesen seien, habe auch ergeben, dass die behaupteten Neuheiten nicht gefallen sein können, da sie mit den Tatsachen in unlösbarem Widerspruch ständen. Fast unvereinbar mit den Behauptungen des Briefes sei auch die Tatsache, dass Dr. Mühlau, ein ausgesprochener Vertreter positivistischer Ideen, von Kriegsausbruch ab noch längere Zeit dem Auswärtigen Amt im Auslande Dienste geleistet habe, obwohl er, wie er jetzt behauptet, schon im Jahre 1914 gewusst haben wolle, dass das Deutsche Reich damals mit zum Kriege getrieben habe. Er habe auch im Mai 1917 seine fernere Tätigkeit im Interesse des Reiches nicht etwa mit Absicht auf die damalige Stellung der deutschen Regierung angedeutet, sondern weil er seit 1917 jede Hoffnung aufgegeben habe, dass es den derzeitigen Leitern des Deutschen Reichs ernstlich um den Frieden zu tun sei. Nach dieser ganzen Schilderung könnte den Erzählungen des Dr. Mühlau kein weiteres Gericht beigesellen werden, als die beiden Herren, die die angeblichen Neuheiten getan haben sollen, ihnen beimesse, sie seien Neuheiten eines französischen Geistes.

In der anschließenden Diskussion antwortete der Stellvertreter des Reichskanzlers noch, dass die Prüfung der Frage, ob ein strafrechtliches oder disziplinarisches Verfahren gegen den Autoren ausgelegt erscheine, durch das Reichsjustizamt geprüft werden solle. Dabei habe sich ergeben, dass aus verschiedenen rechtlichen Gründen weder eine Verfolgung des Fürsten wegen diplomatischen Landesvertrags im Sinne des § 92 R.-St.-G., noch eine solche auf Grund des § 35a des sogenannten Antimilitaristischen Aussicht aus Erfolg geboten hätte. Die Einsetzung eines Disziplinarverfahrens gegen den Fürsten komme nach seiner Verabschiedung überhaupt nicht mehr in Betracht. Die Veröffentlichung von Artikel in der Presse sei dem Fürsten vom Auswärtigen Amt untersagt worden; welche Bedeutung das Verbot nach seiner Verabschiedung habe, müsse zunächst dahingestellt bleiben.

Unterstaatssekretär von Stumm erwiderte auf die Fragen, wen für die Ernennung des Fürsten Vichnowski verantwortlich sei, was sie veranlaßt habe und weshalb er von seinem Posten nicht abberufen worden sei, dass die Ernennung von Seiner Majestät dem Kaiser im Einvernehmen mit dem für die Ernennung verantwortlichen Reichskanzler erfolgt sei.

Nachdem keine Hoffnungen auf Herbeiführung einer deutsch-englischen Verständigung durch den Kriegsausbruch vernichtet worden seien, sei der Fürst in einem Zustand starter Erregung nach Deutschland zurückgekehrt und habe mit seiner Artillerie der deutschen Politik schon damals nicht zurückgehalten. Seine Erregung sei durch die scharfen Angriffe gesteigert worden, denen er in der deutschen Presse ausgesetzt gewesen sei, deren Aufmerksamkeit er durch sein rednerisches Hervortreten in England auf sich gerichtet habe. Diese Umstände mächtten bei der Bewertung der Tatschrift in Betracht nezogen werden. Es sei nicht gerechtfertigt aus denselben Ausschlüssen auf die Tätigkeit des Postchafers in London zu ziehen und daraus Vermüsse gegen die Regierung herzuleiten.

Auf die Fragen bezüglich des Weißbuchs müsse er zu geben, dass es nicht sehr umfangreich sei, es sei sehr rasch zusammengestellt worden, um dem Reichstag bei seinem Zusammentritt ein klares Bild von der Schulfrage zu geben. Diesen Zweck habe das Weißbuch erfüllt, die Belebung mit weiteren Einzelheiten würde nicht nützlich gewesen sein. Später sei eine Ergänzung beschlossen worden, es habe aber die Ansicht obgelegt, dass eine nachträgliche Ergänzung die Wirkung der ursprünglichen Veröffentlichung nur abschwächen würde.

Die Buntblätter der andern Staaten seien zwar viel umfassender, das deutsche Weißbuch habe sich aber von denselben insoweit vorstellbar ab, als es kein Fälschungen enthalte. Im übrigen sei die Ansicht eines neuen Weißbuchs in Vorbereitung.

Borsigbender, Abg. Freiherr von Richenbach, stellt fest, dass, wie auch der Herr Bismarck schon darauf hingewiesen habe, nach seiner und der Regierung Aussicht eine Verhandlung im Plenum nicht angezeigt erscheine, eine Aussicht, die auch mit der des Seniorenonens übereinstimme, und schlägt vor, über die heutigen Verhandlungen ein Protokoll herauszugeben unter Mitwirkung der Herren Abgeordneten Grüber, Scheidemann, Dr. Müller (Meiningen), Dr. Stresemann, v. Graevenitz, v. Gamp, Haase (Königsberg), da diese am besten beurteilen könnten, was von ihren Ausführungen zu veröffentlichen sei.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte werden die Verhandlungen geschlossen und die nächste Sitzung nach Bedarf angeleitet. (W. T. B.)

Die Entfernung der Regierungen zum Frieden.

London, 18. März. (Reuter.) Das Auswärtige Amt veröffentlicht folgendes Communiqué:

Die Premierminister und die auswärtigen Minister der Entente, die in London versammelt waren, halten es für ihre Pflicht, von dem politischen Verbrechen, das unter dem Namen eines deutschen Friedens gegen das russische Volk begangen worden ist, Kenntnis zu nehmen. Russland war wehrlos. Die russische Regierung vergaß, dass Deutschland vier Jahre gegen die Unabhängigkeit der Nationen und gegen die Rechte der Menschheit kämpfte, und in einer Stimmung einzigartiger Reichtumslust erwartete sie, auf dem Wege der Überredung den "demokratischen Frieden" zu erhalten, den sie durch den Krieg nicht hätte erhalten können. Die Feinde zeigten sich alsbald. Der Waffenstillstand war noch nicht abgelaufen, als die deutsche Heeresverwaltung ihre Truppen, obwohl sie sich verpflichtete, derenVerteilung nicht zu verändern, in Massen an die Westfront verlegte, und Russland war so schwach, dass es keinen Protest gegen die flagrante Verletzung der von den Deutschen gegebenen Worte zu erheben wagte.

Was weiter folgte, war ähnlich. Als der deutsche Friede in die Wirklichkeit übertragen wurde, zeigte es sich, dass er die Invasion russischen Gebiets, Zerstörung oder Wegnahme aller russischen Verteidigungsmittel und die Organisation russischer Länder zum Vorteil Deutschlands in sich schloss, ein Verfahren, das sich von Annexion nicht unterschied, während dieses Wort selber sorgfältig vermieden wurde. Zwischen standen die Russen, die militärischen Operationen unmöglich gemacht hatten, dass die Diplomatie ohnmächtig sei. Ihre Vertreter waren gezwungen zu erklären, dass sie, während sie sich weigerten, den ihnen vorgelegten Friedensvertrag auch nur zu lesen, keine andre Wahl hätten, als ihn zu unterzeichnen. Sie unterschrieben ihn, ohne zu wissen, ob der Vertrag in seiner wahren Bedeutung Frieden oder Krieg bedeutete, und ohne zu erfahren, in welchem Grade das nationale Leben Russlands dadurch zu einem Schatten heruntergebracht würde.

Ihr und die Regierung der Entente, konnte es nicht zweifelhaft sein, welches Urteil die freien Völker der Welt über dieses Verfahren fassen würden. Deshalb soll man viel Zeit über Versprechen Deutschlands verlieren, das in seiner Periode in der Geschichte seiner Eroberungen, nicht, als es Schlesien überwand, nicht, als es Polen teilte, sich mit solchem Optimismus als Zepter der nationalen Unabhängigkeit, als unerbittlichen Feind der Menschenrechte und der Mutter der zivilisierten Nationen gesehen hatte. Polen, dessen Heldengeschicht die grausamste der nationalen Dramen überdauert hat, wird mit einer vierten Teilung bedroht, und um sein Leiden noch zu verstehen, haben die Entscheidungen, durch die die letzten Spuren seiner Unabhängigkeit vernichtet werden sollen, sich auf trügerische Versprechungen der Freiheit gegründet.

Was von Russland und Polen gilt, gilt nicht minder von Rumäniens, das vom Strome unbarmherziger Herrschaft ausgewählt wird. Mit Macht wird der Friede laut verkündet, aber unter dem dünnen Mantel der Worte läuft die brutale Wirklichkeit des Krieges, die ungemeinste Herrschaft der gefesselten Gewalt. Friedensverträge wie diese werden und können wir nicht anerkennen.

Unsere eigenen Zeile sind sehr verschieden. Wir kämpfen und werden weiter kämpfen, um ein für alle Mal die Politik des Plünderns ein Ende zu machen und an ihre Stelle die friedliche Herrschaft der organisierten Gerechtigkeit zu setzen. Wenn wir die Einzelheiten dieses langen Krieges vor unseren Augen vorliegen lassen, erkennen wir immer deutlicher, dass die Kämpfe überall im Zusammenhang miteinander stehen, so dass man sie nicht einzeln aufzuzählen pflegt. Sollen Gerechtigkeit und Wahrheit gewinnen? So weit das Ergebnis von blutigen Schlachten abhängt, so dürfen die Nationen, deren Schicksal in der Schwere ist, auf die Heere vertrauen, die selbst unter schwierigsten Bedingungen als die gewenigsten, sich der großen Aufgabe, die ihrer Tapferkeit anvertraut ist, mehr als gewachsen gezeigt haben. (W. T. B.)

Die Lage im Osten.

Marghiloman rumänischer Ministerpräsident.

Bukarest, 10. März. Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt. (W. T. B.)

Bukarest, 10. März. Alexander Marghiloman hat bestimmt, als die Friedensverhandlungen mit Russland in Bratislava beginnen, an die damalige russische Regierung Bratislava-Jonesca eine Denkschrift gerichtet, in der er in dringlicher Weise darauf hinweist, dass der geeignete Augenblick gekommen sei, um die Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten zu beginnen. Die Bevölkerung der Moldau hat erst durch eine urplötzliche und überraschende Unterredung Marghilomans mit einem Vertreter einer russischen Partei von dieser Denkschrift Kenntnis erhalten. Die Neuheiten Marghilomans haben, wie aus den russischen Blättern ersichtlich ist, in allen Kreisen der Moldau den tiefsten Eindruck gemacht und haben die Erhöhung gegen die früheren Machthaber ins Grenzenlose geheizt.

Bratislava sowohl als Tatsche Jonesca haben sich unter diesen Umständen genötigt gesehen, auf die Erklärungen Marghilomans zu erwidern. Die Blätter Bratislava geben zu, dass Marghiloman an den russischen Ministerpräsidenten die Mahnung gerichtet habe, die aktuelle Lage auszunutzen und so rasch als möglich Frieden zu schließen.

Bratislava aber hätte diesen Rat nicht befolgen können, solange noch ein Schatz von Hoffnung vorhanden war, dass die Front im Osten widerstand leisten könnte. Die von Tatsche Jonesca geführten ententefreudlichen Konservativ-Demokraten erklären, dass sie von der Mitteilung Marghilomans keine Kenntnis hatten, und dass Bratislava sie wahrscheinlich deshalb nicht verstanden habe, um nicht schon damals eine Rohheitskriegerhetze herbeizuführen, da er wusste, dass die Konservativ-Demokraten entschlossen seien, den Abschluss des Friedens und selbstverständlich auch den Eintritt in Friedensverhandlungen unter keinen Umständen zuzugeben. (W. T. B.)

Die holländische Krise.

Schwarzes Vorgehen Englands.

London, 11. März. Reuter berichtet, dass der englischen Regierung heute nachmittag noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag auch weder eine Bestätigung des britischen Gesandten im Saar noch des niederländischen Gesandten in London vor, dass die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugesagt habe. Insolgedessen ist eine neue Notifikation nach dem Saar gesandt worden, wonach die Alliierten mangels einer unzweckmäßigen Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreien müssten. Da Telegramme aus Holland den Anschein erwecken, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem betont werden, dass der bloße Versuch einer zögern. Den Annahme den Robus vivendi vom vergangenen Januar seitens Holland der Sache nicht gerecht wird, da sich die Situation seitdem von Grund aus geändert hat. (W. T. B.)

Ein kurzer Aufschub.

London, 10. März. (Reuter.) Die Linies erfährt aus New York vom 18.: Die Behörden verschoben die Indienstnahme von 700.000 Tonnen niederländischen Schiffstraums in den amerikanischen Häfen. Der Aufschub wurde aus Höflichkeit gegen die niederländische Regierung beschieden, um ihr noch etwas Zeit zu lassen, die Vereinbarung über die Verwendung niederländischer Schiffe durch die Alliierten zu unterzeichnen. (W. T. B.)

Hollands Vorschläge abgelehnt.

Berlin, 20. März. Nach einer Eigentumserklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung behaupteten gestern an der Rotterdamer Börse informierte Kreise mit Bestimmtheit, dass die alliierten Regierungen den Vorschlag Hollands abgelehnt haben. — Die Tatsache, dass die Niederlande aus Deutschland ausbleiben, habe die Befürchtungen hervorgerufen, dass Deutschland seine Grenzen zu schließen beabsichtige. Diese Annahme sei unzureichend. (W. T. B.)

Der Kriegskrieg.

Lustangriff auf süddeutsche Städte.

Amtlich wird gemeldet: Sonnabendmittag griffen feindliche Flieger die offene Stadt Zweibrücken in der Pfalz an. Stadt und Börse waren rechtzeitig alarmiert. Es fielen mehrere Bomben, die keinen nennenswerten Sachschaden anrichteten. Ein Kind wurde ein Mädchen getötet, einige Personen verletzt.

Bernex wird amtlich gemeldet: Sonnabendmittag wurde die offene Stadt Kaiserslautern von feindlichen Fliegern angegriffen. Durch die abgeworfenen Bomben wurde geringer Sachschaden verursacht. Viele wurden auch drei Männer und drei Frauen getötet und mehrere Personen verletzt. Von den Verunglückten befanden sich zur Zeit des Angriffs nur drei in den Gebäuden, hatten aber nicht den Anweisungen entsprechend einen Schutz hinter Mauerpfosten gesucht. Die übrigen waren auf der Straße verblieben. Das betreffende Unglück hätte vermieden werden können, wenn die Befestigten dem rechtzeitig gegebenen Alarm Folge geleistet und sich den Anweisungen entsprechend verhalten hätten.

Amtlich wird gemeldet: Am Sonnabendmittag wurden Ludwigshafen und Mannheim von feindlichen Fliegern angegriffen. Die abgeworfenen Bomben, die mit vier Ausnahmen auf linksrheinische Seite fielen, richteten keinen bedeutenden Schaden an. Viele wurden eine Frau, ein Kind und zwei Männer getötet, sowie weitere zehn Personen verletzt. Mit Ausnahme von zweien der Verletzten hatten sämtliche Verunglückte trotz des rechtzeitigen gegebenen Schutzes in den Gebäuden gesucht, sondern waren im Freien verblieben.

Deutschland.

Echt nationalliberal.

In Sörrach (Baden) versammelte der Bürgermeister Dr. Gugelmeier, der burgfriedlich gewählte Nachfolger des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Blankenhorn, eine Anzahl Hörer aus allen Parteien um sich, um ihnen einen Vortrag über die jüngste Reichstagssitzung zu halten. Der nationalliberalen Herr ist hochbefreit vom "Musterfrieden" des Ostens und alsdeutlich entzweit über die Friedensdemonstration der streitenden Arbeiter. Nach dem Verhandlungsbericht des Oberl. Rates sagte der parlamentarische Reuling über zwei seiner Kollegen: "Die Ledebour und Haase seien Agenten des Auslandes, wegen deren Neuerungen die von Clemenceau, Lloyd George und Trotski noch harmlos gewesen seien." Ein dortiger Arbeitervorsteher, der Gewerkschaftssekretär Altmüller (Sörrach), trat als Diskussionsredner auf; er gab den Nationalliberalen gute Lehren für das Wahlverhalten zum Reichstagswahltag; der Redner teilte darüber mit, ob der Redner sich gegen die gemeinsame Verbündigung zweier anerkannt tüchtiger Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterchaft empört hat. Ein solches Schwellen wäre aus der Tatsache zu erklären, dass die Körnerer Sozialisten bei der Aufführung des nationalliberalen Kandidaten sich in zu stimmen dem Sinne für die Person Gugelmeiers ins Zeug legten. Badisches Großblockzeitalter!

Kleine Auslandsnachrichten.

Das irische Problem. Der neue Führer der irischen Nationalisten, Dillon, hat am 18. in Dublin in seiner ersten Erklärung nachdrücklich darauf hingewiesen, dass es Zeit sei, dass die irische Konvention zur Regelung der irischen Frage ihre Arbeiten aufzunehme. Wenn sie sich nicht einigt, würde die irische Frage bald einen größeren Umfang als je annehmen. Er riet den Sinnfeinern, die eine irische Republik gründen wollten, dringend, ihre gesährliche Illusion aufzugeben und sich mit ihren Landsleuten auf die Forderungen nach Homöomacht für die Person Dilions ins Zeug legten. (W. T. B.)

Die ägyptische Baumwollrente. Die britische und ägyptische Regierung haben gemeinsam beschlossen, die ägyptische Baumwollrente vom 1. August zu erwerben. (W. T. B.)

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. März. Amtlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz zwischen der Küste und dem La-Bassée-Kanal haben die rege Erkundungstätigkeit fort. Das in diesen Abschnitten am Morgen abfliegende Artilleriefeuer nahm am Nachmittag wieder an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Geschäftstätigkeit nur in den Abendstunden südwestlich von Cambrai, zwischen Dixie und Ailette, nördlich von Verzy-aux-Vac und an einzelnen Stellen in der Champagne auf.

Heeresgruppen Gallwick und Herzog Albrecht.

Der Feuerkampf bei Verdun ging heftig weiter. Die britischen Artillerien belämmerten sich vielfach mit größerem Munitionseinfall. Nordöstlich von Bures brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene und Maschinengewehre ein. Starke Tätigkeit entwickelt der Feind am Parc-Val-Walde. Das vom frühen Morgen an geschiehende Feuer hielt fast ohne Unterbrechung bis zur Dunkelheit an. Auch in den Abschnitten von Blâmont und Vadonville war die französische Artillerie rege.

Osten.

In der Ukraine haben wilhelminische, zur Befreiung der Ukraine nach Kiew führenden Bahn vorgehenden Truppen bei Novo-Ukraine fürtere Banden im Kampf vertrieben.

Der vertragsgemäß am 12. 3. abgelaufene Waffenstillstand zwischen Rumänien wurde bis zum 22. 3. verlängert.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalsquartiermeister: Gubendorff.

Offizielle und Kriegskredite.

148. Sitzung. Dienstag, 19. März, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Walras.

Unterlagen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Bp.) fragt, ob tatsächlich in Soltau von den dort beschäftigten Landsturmlisten die Erklärung gefordert worden ist, noch vier Monate nach der Demobilisierung im Dienst zu bleiben, und daß dieselben, die damit nicht einverstanden waren, dem Frontdienst zugelassen werden sollen.

Oberst v. Braun: Während der Demobilisierung müssen eingesetzte Kräfte zur Verstärkung stehen, und Landsturmlisten können nur mit ihrer Einwilligung zurückgehalten werden. Sie müssen daher rechtzeitig bestellt werden, damit man eventuell für Erfolgskräfte sorgen kann. Ein Druck soll natürlich nicht ausgelöst werden.

Abg. Stachly (Soz.) fragt wegen einer die Kritik der Geschäftsführung der Reichsbekleidungsstelle unterbindendenzensurverfügung. Danach soll über die Pläne der Reichsbekleidungsstelle über Abgabe von Kleidung und Stoffen an Rüstungsarbeiter, im allgemeinen nichts veröffentlicht werden, und gegen zu widerhandelnde Zeitungen soll eingetroffen werden. Das verstößt gegen die Erklärung, daß die Zensur sich auf militärische, die Kriegsführung betreffende Angelegenheiten bezieht.

Eine Regierungsvertreter erklärt, daß Verbot sei ergangen, weil es im Interesse unserer Munitionsversorgung liegt, daß solche Maßnahmen nicht vorzeitig bekannt werden.

Abg. Dr. Hirsch (Bp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unwürdigen Zustände im Gefangenensektor zu Admudnagar in Indien, wo viele deutsche Zivilgefangene hinter doppeltem Drahtgitter in Vollschubzellen gefangen gehalten werden.

Geh. Regierungsrat v. Eckardt: Die deutsche Regierung hat wiederholte Räumung des Logers und die Übersetzung der Insassen nach Orten mit besserem Klima verlangt. Die britischen Behörden haben die Überführung in günstiger gelegene Bergstationen in den Jezzen angeordnet, in denen es der Gesundheitszustand der Betreuenden geboten erscheint. Die Lagerverwaltung tut alles, um den Gefangenen ihre Lage zu erleichtern. Das kann und jedoch nicht genügen und wir verlosen nach wie vor unsere Förderung aus Rücksicht des ganzen Logers.

Abg. Freiherr v. Richthofen (NatL) weist auf Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten im deutsch-österreichischen Mietseitertheit hin.

Geh. Regierungsrat v. Eckardt vertritt Erleichterungen,

Abg. Dr. Hirsch (Bp.) fragt, was die Regierung unternommen hat, gegenüber den vertraulichen Mitteilungen eines Schweizer Bundesrats an den italienischen Gesandten, durch die die Neutralität gegenüber Deutschland schwer verletzt ist.

Unterstaatssekretär v. d. Busche: Nach dem Bericht unsres Gesandten in Bern scheint Herr Arbor, dessen geringe Sympathie für Deutschland allgemein bekannt sind, mit dem italienischen Gesandten tatsächlich über die in vergangenem Herbst bevorstehende deutsche Offensive in Italien gesprochen zu haben, der Bundesrat hat jedoch nach eingehender Prüfung der Angelegenheit bekannt gegeben, daß Herr Arbor sich keine Unzuträglichkeit habe zuschulden kommen lassen.

Abg. Dr. Jäger (Centr.) willigt Auskunft über Maßnahmen zur Verhütung ungerechtfertigter Mietsteigerungen.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Delbrück verweist auf die Mietbeleidigungsdörfer.

Abg. Aunert (U. Soz.) fragt, ob noch während des laufenden Jahres ein Gesetzentwurf zur umfassenden Regelung des Zehnters erwartet wird.

Eine Regierungsvertreter erklärt, daß ein Gesetz vorbereitet ist; die Verhandlungen mit den Sachverständigen haben sich aber durch den Krieg verzögert und es sei fraglich, ob das Gesetz noch im Kriege zustande kommen wird. Jedermann soll es mit möglichster Beleidigung erledigt werden.

Hierauf wird die erste Lesung der Friedensverträge mit Russland und Finnland vorgetragen.

Abg. Dr. Stresemann (NatL):

Der Weltkrieg hat an dem Aufstieg Deutschlands, durch den die Gegnerschaft Englands und Russlands geschaffen wurde, eingetragen. Die ganze Welt wurde aufgeteilt, während wir im Schatten standen. Und das Ergebnis dieser Politik war nicht der Friede, sondern der Weltkrieg, der Krieg der Welt gegen uns. Auch im Kriege war unsere Politik auf die Schonung der Neutralen eingestellt, während England die Neutralen vergewaltigte, sobald es im englischen Interesse lag. Die Regelung der Beziehungen zu Russland nannte Dr. David eine Verständigung der ostpreußischen Dinten mit den baltischen Baronen. In solcher Kennzeichnung der Regelung liegt gar kein Anlaß vor. Wir erkennen die Regelung mit Freude an, ebenso die mit Polen und Estland, denn das gesamte Baltentum bildet eine Einheit, die mit der deutschen Kultur aufs Innigste verknüpft ist. Auch ein selbständiges Litauen erkennen wir unter der Bedingung einer Militärkonvention mit Deutschland und der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit Deutschland. Die Hoffnung auf Friede und Freundschaft mit den Polen schaut mir nach den Erklärungen der Polen sehr gering.

Das selbständige neue Finnland begrüßen wir aufs herzlichste. Unsere Beziehungen zu Finnland werden vielfach unterschätzt. Der Verlust auf eine Kriegsentschädigung erscheint mir als ein Schaden für unsere Volkswirtschaft. Wir hoffen, daß der Kampf und den Sieg bringen wird, aber auch die Auswirkung des Sieges zum Augen Deutschlands. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Konf.):

Die russische Revolution hat unsre Sozialdemokraten in Deutschland bitter enttäuscht. Die erste Enttäuschung brachte ihnen die Art, wie die Bolschewiki ihre Regierung führen. Die zweite Enttäuschung war, daß es der Revolution nicht entschieden war, den Welt den Frieden zu bringen. Das hat auch die internationale Sozialdemokratie der kriegerhaften Kinder nicht vermocht. Die Ausschaffungen über das, was ein "Verständigungsfrieden" ist, gehen innerhalb der Mehrheit offenbar auseinander. (Sehr richtig! rechts.) Ob die Sozialdemokratie dem Friedensvertrag zustimmen werde, hat Herr Dr. David noch unentschieden gelassen. Die unabhängigen Sozialdemokraten werden ihn natürlich ablehnen. Wer aber den Frieden ablehnt, übernimmt damit die Verantwortung, daß der Krieg weitergeht. (Sehr richtig! rechts.) Die Angriffe des Abgeordneten David gegen die "Militärpartei", also die Oberste Heeresleitung, bedauere ich gerade in diesem Moment der bevorstehenden Offensive. (Kraut! rechts.)

Sehr bedauerlich ist, daß keine Kriegsentschädigung in den Verträgen ausgemacht ist. (Sehr richtig! rechts.) Den Geranen eines Gerichtshofs der Welt lehnen wir ab. In der polnischen Frage haben die neuen Ereignisse unser Leben bestimmt. Es treten drei Ereignisse auf: 1. Wir glauben nicht an die Möglichkeit eines ehrlichen Friedensschlusses unter den Polen an Deutschland. Darum dürfen wir die militärischen Sicherungen gegenüber den Polen nicht aufgeben. Allein maßgebend dafür ist die oberste Heeresleitung. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.):

Meine Herren, der bisherige Gang der Debatte hat eine sehr eigenartige Erscheinung gezeigt. Gestern kamen die drei Regierungsparolen zum Wort, die Regierungsparteien, die sich durch die Resolution vom 19. Juli im Prinzip auf einen Verständigungsfrieden festgelegt haben, und heute kamen — ich darf wohl sagen den Ausdruck anwenden — die Annexionsparteien zum Wort. Da der Herr Abg. Graf Westarp mit anerkennenswerter Offenheit sich als Annexionspartei proklamiert hat, indem er sagte: ob Sie die Angliederung, um die es sich handelt, nun Grenzberichtigungen oder Annexionen nennen, das ist und ganz gleichgültig. Da hat er vollkommen recht; daß haben wir immer gegenüber den Verlieren gesagt, Grenzberichtigungen zu beschönigen als etwas, was eigentlich mit den Annexionen nichts zu tun hat, was wir von den drei Regierungsparteien in verschiedener Form zu hören bekommen haben. Also gestern die drei auf den Verständigungsfrieden festgelegten Regierungsparteien, heute die oppositionellen Annexionsparteien! Die drei auf den Verständigungsfrieden festgelegten Regierungsparteien waren mit der Regierung keinesfalls zufrieden, während die beiden Annexionsparteien in der Lage waren, mit gewissen Einschränkungen dem Herrn Grafen Westarp und seinen Mitarbeitern für ihre Tätsigkeit bei den Friedensverhandlungen Anerkennung zu zollen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Auch unter den Regierungsparteien gab es natürlich Abstimmungen. Der niedrigste Grad der Unzufriedenheit, sagen wir der Positiv, war Herr Schenck, das stellte sich zum Komparativ bei Herrn Raumann und zum Superlativ bei Herrn David. Unzufrieden waren sie alle. Wenn man von den Regierungsparteien Verrat erwarten könnte, dann wäre die Schlusfolgerung, daß die Herren alle erklärt: also lehnen wir den Friedensvertrag ab. Aber das hat kein einziger von den Herren getan. Am Gegenteil, sie haben gesagt: wir sind ja nicht zufrieden damit; aber daß der Friedensvertrag abschlägt werden könnte oder müsse, hat keiner von Ihnen behauptet. Der Herr Abg. Graf von Westarp hat ganz richtig erklärt, er nehme von uns an, daß wir, obwohl noch keiner von uns gesprochen hatte, den Friedensvertrag unsre Zustimmung nicht geben würden. Da hat er vollkommen recht. Es ist nur ein Beweis dafür, daß wir

eine konsequente, klare und ganz unzweideutige Politik beständig in diesen Fragen getrieben haben, daß jede Partei die Schlusfolgerung aus unserer Haltung ziehen kann. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Dann hat Herr Graf von Westarp allerdinge gleich hinterher gesagt: damit stimmen Sie für die Verlängerung des Krieges. Das ist eben absolut falsch. Ein Friedensvertrag läßt sich auch ersehen durch einen anderen, und wenn wir diesen Friedensvertrag ablehnen, so bringen wir damit zum Ausdruck, daß er den Anforderungen, die wir an einen Friedensvertrag mit Russland, an einen Friedensvertrag überhaupt stellen, nicht entspricht, und daß wir an besseren Stellen einen andern gesetzt haben wollen.

Es wird von Ihnen eingewendet werden: daß hat ja gar keine Bedeutung. Sie sind zwei Dutzend Männer; der Friedensvertrag wird angenommen, ob Sie so oder so stimmen. Um von vornherein dem Einwand zu begegnen, ob wir unsre Abstimmung davon leisten ließen, ob wir die Rücksicht haben, im Hause damit durchzudringen oder nicht, möchte ich ausdrücklich erklären: wir formulieren unsre Abstimmungen immer so, als ob wir damit rechnen könnten, daß wir auch im Hause durchdringen. (Zuruf: Klatsch.)

Wenn Sie darüber lachen, dann zeigt das nur, daß Sie nie mal grundsätzliche Politik getrieben haben und eine solche Politik gar nicht verstehen. Wir treten dafür ein, daß der Reichstag in seiner Mehrheit diesen Friedensvertrag ablehnt, um die Regierung damit zu zwingen, einen besseren Friedensvertrag mit Russland abzuschließen.

Es wird uns darauf mit Erstaunen eingewendet werden: Was fällt Ihnen denn ein? Die Russen haben doch den Vertrag angenommen! Wollt Ihr denn russischer als die Russen, bolschewistischer als die Bolschewiki sein? (Heiterkeit.) Schenken Sie, wie genau ich Sie kenne! Auf diese Einwendungen war ich von vornherein gesetzt, ich sah sie kommen, und ich werde sie gleich von vornherein beantworten. Die Russen in der Art der deutsche Reichstag und der Sowjetkongress oder die Bolschewikeregierung in Moskau befindet, ist eine total verschiedene. Das ist es ja gerade, was wir an diesem Vertrage auszusehen haben, daß er

ein Vertragsvertragsfrieden

ist. (Lebhafte Zustimmung bei den U. S.) Denn die russische Regierung und der Sowjetkongress stauben, nachdem zu müssen, weil sie eben nicht Widerstand leisten können. Ich lasse mich gar nicht auf die Frage ein, ob sie damit richtig urteilen oder nicht, das kommt für mich nicht in Betracht, ob die Russen sagen können: wir können es richten, den Krieg fortzuführen. Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß sie damit recht haben, wenn sie sagen: nein, wir können den Krieg nicht fortsetzen, wir müssen Frieden schließen, weil und die deutsche Regierung die Russen auf die Brust setzt und wir nicht in den Krieg sind, Widerstand zu leisten. Das ist der Gedankenangriff der russischen Regierung, der den Sowjetkongress leitet. Meine Herren, der deutsche Reichstag ist aber in einer andern Lage. Auch die deutsche Regierung ist in einer andern Lage. Deutschland ist in dem Kampfe mit Russland, soweit die beiden in Betracht kommen, der absolut obsteigende Teil. Deutschland hat es also in der Macht und in der Macht gehabt, den Russen einen Zwangsfrieden aufzuimponieren. Es hat es aber auch in der Macht, ihm einen Ausgleichsvertrag zu bieten. (Sehr wahr! bei den U. S.) mit dem Russen ons freien Stück zu Frieden zu bringen. (Sehr wahr! bei den U. S.) und wenn die deutsche Reichsregierung in ihrer unveränderlichen Ausrichtung, die sie seit Jahrzehnten und jetzt während dieses Krieges beständig betrieben hat, diese Ausgleichsverträge auszuhandeln, um dem Russen einen Zwangsvertrag aufzuimponieren, so sollte der deutsche Reichstag vernünftiger sein und die Zustimmung dazu schaffen. (Sehr wahr! bei den U. S.)

M. o., ich erlaube nun, daß wenigstens unsre Zustimmung richtig verstanden wird. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieser Friedensvertrag, der da abgeschlossen worden ist, nicht nur außerordentlich böses Blut bei den Russen verursacht, sondern daß er auf die Dauer die schwersten Gefahren für den Weltfrieden, für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk im besondern in seinem Schoße tragen. (Sehr wahr! bei den U. S.) und wenn wir auf diesem Standpunkt stehen, dann dürfen wir dem Frieden unsre Zustimmung nicht geben, und die Herren, die gestern hier in ähnlicher Weise, wenn auch noch nicht so entschieden, gesprochen haben, die ein ähnliches, wenn auch nicht ganz so weitgehendes Urteil haben, wären, wenn sie grundfeste Politik treiben wollten, wenn sie eine Politik im Interesse Deutschlands und des Weltfriedens treiben wollten, genötigt, mit uns dem Friedensvertrag unsre Zustimmung zu verweigern. (Sehr wahr! bei den U. S.) Damit wird nicht der Krieg verlängert. Anzunehmen, der deutsche Reichstag würde in seiner Majorität die Zustimmung dazu verweigern, so würde damit nicht der Krieg ver-

längert. Der Waffenstillstand könnte erweitert werden. Die deutsche Regierung hat es ja jetzt innerhalb weniger Tage fertiggebracht, einen für Russland ungünstigen Frieden zu stellen zu bringen; innerhalb noch kürzerer Zeit, innerhalb sehr weniger Tage würde sie imstande sein, einen besseren Frieden mit den Russen zu stellen zu bringen, einen Frieden, dem die Russen selbstverständlich ihre Zustimmung geben würden. (Sehr wahr! bei den U. S.) Also der Gedankengang, daß wir durch die Nichtzustimmung zu dem Frieden Friedensverlängernd wirken, oder daß der Reichstag Friedensverlängernd wirken würde, ist absurd falsch. Er hält der Artikl nicht stand. Er zeigt nur, daß Sie über die Tragweite Ihrer eigenen Handlungen nicht klar sind, wenn Sie glauben, man müsse unbedingt dem Frieden zustimmen, da ja auch die Russen bereits dem Frieden zugestimmt haben.

M. o., der Herr Abg. Dr. Stresemann ist nun im Eingang seiner Worte alemisch eingehend auf die

Aktengeschichte und auf die Vorgeschichte des Krieges zu sprechen gekommen, und der Herr Abg. Graf v. Westarp ist ihm darin gefolgt. Da kann ich doch meine Verwunderung nicht zurückhalten, daß die Herren so wenig die Erwähnungen und Beschlüsse berücksichtigt haben, die sie selbst fassen lassen. (Sehr richtig! bei den U. S.) Als nämlich im Seniorennkonvent die Frage erörtert wurde, ob dem Bunde des Staatssekretärs von Rückmann entsprechend werden sollte, zwei bekannte Denkschriften über die Vorgeschichte des Krieges hier öffentlich zur Erörterung zu bringen — in Anfang war das angesehen worden —, da wurde geltend gemacht: nein, die Situation ist die, daß wir über die Ursachen des Krieges hier nicht in Erörterungen eintreten können, (Hört, hört! bei den U. S.) und es wurde beschlossen, diese Frage von der Tagesordnung abzusehen; sonst hätten wir sicher diese Frage hier behandelt. Wie diesem Denkschluß ist es nicht in Einklang zu bringen, daß die Herren nur aus freien Stücken doch auf die Vorgeschichte des Krieges einen, selbstverständlich unter Geltendmachung von Gründen, die ihrer Aussöhnung nach richtig sind, und die für ihren Standpunkt sprechen, obwohl sie wissen, daß bestimmte Gegengründe, bestimmt sprechende Dokumente hier nicht erörtert werden können. (Bravo! bei den U. S.) Ich werde dem Beispiel nicht folgen, schon weil mit die Hände gebunden sind, vollkommen frei von der Weber weg zu sprechen.

Ich will nur auf einen Gesichtspunkt hier eingehen, den Herr Stresemann alemisch gemacht hat und möbel er sich auf den sozialdemokratischen Abordneten Dr. Leni Sch. stützte. Im Gegenzug zu dem Abg. Dr. David führt Herr Stresemann aus, daß der Ursprung des Krieges in dem wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Deutschland und England in sich sei, in dem Aufkommen Deutschlands als große Weltkraftsmacht, die in England als eine Bedrohung der englischen Weltkraftsmacht aufgelaufen sei, und die Schlussfolgerung, die Herr Stresemann daraus gezogen hat, als ob gewissermaßen England der Urheber des Krieges sei, halte ich für nicht richtig. Aber daß tatsächlich mit zu den Kriegsursachen der kapitalistischen Gegensatz zwischen England und Deutschland gehört, das ist richtig. Nach unserer Auffassung ist eben die Ursache des Weltkriegs zu suchen in der Konkurrenz auf dem Markt der verschiedenen kapitalistischen Weltmächte, auf der einen Seite Deutschland und seine Verbündeten, auf der andern Seite England, Frankreich, Russland usw. Aber wenn dorauf Herr Stresemann den Schluß zieht, also kann die Arieadecke nie besiegt werden, weil ja dieser Gegensatz fortgesetzt bestehen wird und bestehen muss, so ist nach unserer Auffassung dem entgegenzusetzen, daß dieser Gegensatz wurzelt in dem kapitalistischen Betrieb und daß mit der kapitalistischen Betriebsweise selbstverständlich auch diese wirtschaftlichen Kriegsverursachenden Gegensätze aufzuhören. Da hat man eben nicht eine kapitalistische Macht, die der andern die weltwirtschaftlichen Verleihungen abzuarbeiten sucht, die überall Ausbeutungssphären in der Welt sucht, auf der einen Seite ebenso wie auf der andern. In der sozialistischen Wirtschaftsordnung wird ein Zusammensetzen aller Völker, aller Menschen zu dem einen großen gemeinsamen Ziel der Gemeinschaft stattfinden, und deshalb führt uns dieser Aussicht, den Herr Stresemann gemacht hat, dazu, daß wir diese ganzen Gefahren des beständigen Widerstauchs des Weltkriegs nur überwinden können durch die Einführung des Sozialismus, nicht aber solange wenige Machtgrenze gegen Machtgrenze gegeneinander aufgespielt werden können, wie es in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung der Welt ist. (Vorlesung in der Mutter.)

Quittung.

An freiwilligen Beiträgen für die Familien der Opfer des Kriegszustandes gingen bei der Unterzeichneten ein:

Aus Spremberg 106.25. Von der Firma Bayer-Berlin durch Karl Schmidt 70.55. Für die Familien der Matrosen durch Rostsel-Zeppelin 200. Von Dr. W. 100. Beitrag einer Sammlung in Rostsel-Greifswald 305.35. Gezahmt bei Stoever-Stettin 102. Gezahmt in Adel 281.35. Gezahmt in Stettin 110.50. Von Rostsel-Nehring 5. W. Meyer 5. Von den Tapzleren Berlin 2000. Durch Weißer-Düsseldorf 1200. Aus Mannheim 988.05. Aus Hamburg für die Familien der Matrosen 100. Von den Kollegen und Kolleginnen der Firma Standard-Berlin 50.55. Von Fr. A. durch Bernstein 100. Von Fr. C. durch Bernstein 20. Postcheckkonto Nr. 82 287.

Quise Zieg.

Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, III.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Seeger in Leipzig

Berantwortlich für den Anseratentell:

Aus Lehman Leipzig

Druck und Verlag: Feueriger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

**Macht die Schränke auf
und Truhen
Kein entbehrlich Stück
darf ruhen!**

Annahmestelle getragener Kleidung, Wäsche, Schuhe, Uniformen durch die F. A. G. Kleiderstelle der Stadt Leipzig, Nikolaistraße 12/14.

Die Nummer umfaßt 8 Seiten

**Es braust ein Ruf wie Donnerhall
durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur
einen Willen, eine Pflicht:
Kriegsanleihe zeichnen!**



Amtliche Bekanntmachungen.

200 Mark Belohnung

und 5 Prozent des Wertes der wieder herbeigeschafften Ware.

In der Zeit vom 3. 3. 1918 nachm. 6 Uhr bis zum 18. 3. 1918 vorm. 1/2 Uhr ist der Lagerraum einer Zigarren- und Zigarettengroßhandlung in Leipzig-Gohlis, Kaiser-Friedrich-Straße, erbrochen und sind dort gestohlen worden:

60 Pakete Zigaretten, Marke „Graf Holt“ in grauem Packpapier eingeschlagen. Jedes Paket enthält 10 Schachteln aus gelbem Karton mit je 50 Stück Zigaretten ohne Mundstück, deren jede ebenfalls die Bezeichnung „Graf Holt“ trägt) und 3 Kisten Zigarren zu je 50 Stück mit der Bezeichnung „Imperio“ und 1 Kiste Zigarren zu 50 Stück mit der Bezeichnung „Estano“.

Gesamtwert 4200 Mark.

Für Ermittlung der Täter werden 200 Mark Belohnung ausgeschetzt. Außerdem werden 5 Prozent des Wertes der wiederherbeigeschafften Ware zugestellt. — Sachdienliche Mitteilungen erbittet das Polizeiamt.

Leipzig, den 11. März 1918. Kr. V A. II 961.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Metallarbeiter

Verband

Verbandsstelle: Volkshaus, Reitweg, 1. Bureauzeit: vorm. 8-9, mitt. 12-1, ab 5, 6-8. Sonnabend und Samstag: 10-12 Uhr. Tel. 6784. Anmeldeungen müssen gegen Erreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Mittwoch, den 17. April, abends 7/8 Uhr
Generalversammlung
im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Bauklemperer. Freitag, den 22. März, abends 7 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus, Zeitzer Straße 32. Tagessordnung: Bericht der Lohnkommission. Die Wichtigkeit der Tagessordnung erfordert das Erscheinen aller Bauklemperer.

Die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamieren) oder abkommandierten Kollegen müssen sich ohne Aufschluss auf die Dauer ihrer Beurlaubung im Bureau wieder anmelden, wenn sie nicht der durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte verlustig gehen wollen.

Freitag, 22. und Sonnabend, 23. März, von 11-1/2 Uhr im Auguste-Schmidt-Haus, Dresdner Straße 7

Ausstellung

(Kleider, Stoffereien, Werkarbeiten usw.) Auskunftsverteilung über Unter- u. Oberseidlung, Verkauf von Schnittmustern u. einschl. Schriften. Eintritt 25 Pf., Freitag v. 6-7 Uhr 10 Pf.

Der Ausschuss für Säuglings- u. Kleinkinderfürsorge Leipzig
hält täglich von 3-6 Uhr in seiner Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Dacha., Rimm. 628, unentgeltlich Sprechstunde ab.

Chlorkalium 52%

vorzügliches Düngemittel für Kartoffeln und Gemüse, verkauft auch günstigerweise

Oekonomieverwaltung der Leipziger Westend-Baugesellschaft

2. Lindenau, Löhner Str. 104. Säde mitbringen.

Düngekalk

i. Gartenfreunde Leipzig-West und Nördmarksdorf sowie umliegende Gärten und Feldbezirke wird morgen auf Station Lindenau, Poststelle IV, Merseburger Straße, Nähe Pumpfeld, ausgegeben. Räucherei Aussabstelle bei Grohmann & Froehl, Lindenau. Aufsatz wird durch Zusatz befähigt gegeben.

Rudolf Müller Weissenfelser Straße 30. Telefon 40653.

Elektrische Leitungsdrähte

Kabel, Litzen kaufen Bartolt, Berlin-Moabit Levetzowstr. 21a. Tel. Moabit 7085

Verhäuser

Billige Postkarten!

100 sortierte Glanz-, Liebes-, Blumen-, Kriegs- u. Landeschafts-, Kopf-, Kunst-, Kind-, Witz-, Bromsilberk. usw. 3 Mk. Ganzsachen Prachtsortiment 6,50 Mk. (10-30-Pfg.-Verk.). Taus. Anerkennungen. Osterkarte 3, 5, 6, 10 Mk. P-Wagenknecht, Verl. Leipzig, Scharnhorststraße 39.

Reizende Konfirmanden-Geschenke

Uhren, Schmuck, Musikwaren Meß-Muster, Gel. Genheit, Zorn, Johanniskirche 15. Kinderbeiseit. m. Bl. zu verk. Wian., Weißensei. Str. 34, II L. Kinderwagen u. Sportw. bill. zuverl. Mo. Hermannstr. 11, I.

Kaufgesuche

Alle zerbr. Gitarren, Geigen, Mandol. u. Kl. Morizstr. 11, II. Kauf. defekte Klaviersportwagen. Preislosser an Büsche, Körnerstraße 1.

Kaufhaus Brühl

G. m. b. H.

Eine Ladung

tiefe Teller

Eine Ladung

Steinzeugbüchsen

Lehrmeister-Bücherei

Jede Nummer 30 Pf. Für Garten- und Obstfreunde.

Nr.	
Monatskalender für den Obstbau.	10 Pf. 45
Pflanzung und Pflege der Obstbäume.	Mit 8 Abb. 30 Pf.
Mit 16 Abb. 30 Pf.	118
Düngung der Obstbäume.	30 Pf. 44
Splater- u. Zwergobst.	25 Abb. 30 Pf. 222
Buschobstbau.	Mit 11 Abb. 30 Pf. 223
Krankheiten und tierische Schädlinge der	
Gemüsesplant.	32 Abb. u. 1 Taf. 60 Pf. 348/40
Tomatenblütelein.	Mit 2 Abb. 30 Pf. 203
Die Kultur der Erdbeere.	31 Abb. 30 Pf. 240
Gurke, Melone u. Kürbis.	19 Abb. 30 Pf. 230
Heimarbeitens f. d. Garten.	65 Abb. 30 Pf. 275
Monatskalender f. d. Blumengart.	30 Pf. 79
Schädlinge des Steinobstes.	Mit 16 Abb. und 1 Farbtafel. 60 Pf. 195/196
Schnittb. Kernobstes.	Mit 40 Abb. 30 Pf. 41
G. Steinobstes.	Mit 31 Abb. 30 Pf. 40
Unreife Beerensträucher.	22 Abb. 30 Pf. 231
Schädlinge des Beerenobstes.	Mit 18 Abb. und 1 farbigen Tafel. 60 Pf. 241/242
Der Weinbau u. seine Pflege.	30 Abb. 30 Pf. 113

Bei Bestellung genügt die Nummerangabe.

Leipziger Buchdruckerei A. G., Abteil. Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Postcheckkonto Nr. 53477.

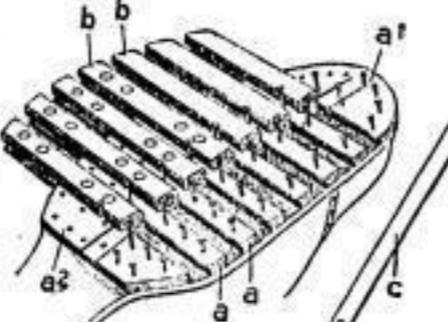
Die Aussträger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Einen sicheren Weg

zur Erhaltung Ihres Schuhwerks gehen Sie mit den federnden

Baldur

Einziges System mit auswechselbaren Laufflächen



Biegamer als Leder!
Das Billigste und Beste im Tragen

Nur einmaliges Benageln der Schuhsohlen. — Etwa 10000 Paar stehen zum Verkauf von Montag, den 18. bis Sonnabend, den 23. März bei

Otto Friedrich

Fine Mass-Schuhmacherei :: Leipzig :: Universitätsstraße 3

Plattenbruch und abgesetzte Schallplatten, jedes Quantum, taufen

H. Peters u. Co.
Grimmaische Straße 8.

Z. guter. Minder u. Kauf. Tel. 66 a. d. VI. Off. u. Z. 66 a. d. VI.

Fell-Einkauf Hasen-Kanin-Schaf-, Ziegen- wie alle Art. Fell. an bestmögl. Preis.

Albin Wagner, Querstr. 27. Fernprecher 2455.

Säcke, Bindf., Stricken, Frucht, Fleisch, Grenzstr. 5, Tel. 8939.

Bermischte Anzeigen

< Steuer- ► Reklamation, Beklarat, Erlass, Gestundungsges.

Steuerstrafachen.

Steuerbüro P. Graf Grimm. Steinw. 11. Tel. 17484.

Suche für mein. 1/2 J. alt. Knaben gute, gewissenhaft und liebend. Pflege. Küchenv. str. 6, I.

A. Frohwlein, Hammerjäger, empfiehlt sich zur

Bertilung von Ungezief. a. Platten, Mäuse, Wanzen, Schwaben usw. Neu-

Höchstfeld, Eisenbahnh. 10, I.

Möbel auf Credit und gegen bar

N. Fuchs

Kurprinzstrasse 13, I. Ecke Brüderstrasse.

Schlemmkreide

Farben

Pinsel

Sämereien

empfiehlt

L. O. Kaspar Nach.

Plagwitz, Ischauerstr. 10, I.

AKAL der neue billige Metallputz

Trauringe massiv Gold.

Gustav Kaniss

Tauchaer Straße 6.

Arbeitsmarkt

Bauhilfsarbeiter, auch Frauen

werden sofort eingestellt.

Zimmermann & Kuhn, Baugeschäft

Poststelle Gaswerk II, 2. Sonnenwitz.

Geübte Handpressier

ver sofort gesucht.

Julius Hager, Großbuchbinderei

Brettfußstraße 9.

Arbeitsbursche (Mädchen) mögl.

im Sälbverti. wohn. sofort gesucht. Paul Ritscher, Ellisenstrasse 17,

Großhandlung für Elektrotechnik.

Erfahrene

Wäscherei-Arbeiterinnen

Arbeiterinnen

für Nachwarenzurichterei und Nähererei sowie

Zurichter-Lehrlinge

sucht

Wilhelm Jeute, L.-Lindenau Angerstrasse 44.

Ostermädchen

für leichte, saubere Arbeit, können sich schon jetzt melden

O. Müller, Leipzig, Brüderstr. 21.

Arbeiter und Arbeiterinnen

sucht I. Garteninspektion

Mosenthalhof 14.

2 kräftige Arbeiterinnen

gesucht.

Kittfabrik L. Mockau Leipziger Str. 202.

Arbeiterinnen

für Schermaschine ges.

Adolf Petsold

L.-Lindenau

Flügner Str. a. Kanal.

Jünger. Dienstmädchen gesucht. Sch.-Bach-Str. 24, pl.

Modellschleiferin gesucht

Kräf. Schuljunge gesucht. Blaum., Ernst-Mey.-Str. 10, I.

Es empfiehlt sich, kleine Ansätze auf

Postanweisungen

zu schreiben. Das Porto beträgt für Beträge bis

5 Mark nur 10 Pf.

Wer fühlt sich

Matt und schwach?

Urin-Untersuchungen

lösen das Bläfelf.

Apoth. Ulmer, Lpz., Nikolaist. 38

Sprechst. 9-12 u. 3-7, Sonn. 11-1/2 Uhr.

Aus der Reichshauptstadt.

28.000 Dosen kondensterter Milch verborben. An Oberzschöneweide hat der Amtsgerichtsbeamte bekanntgemacht, daß 28.000 Dosen verborbener kondensterter Milch versteigert werden sollen. Bei zuständiger Stelle wurde darüber folgende Erklärung gegeben: Die Gemeinde Oberschöneweide hatte diese 28.000 Dosen kondensterter Milch erworben, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Beim Eintreffen der Ware zeigte sich aber, daß sie bereits verborben und für den menschlichen Genuss nicht mehr verwertbar war. Die Gemeinde stellte daher die Milch dem Verkäufer wieder zur Verfügung. Anwälten wurden die Dosen jedoch auf Antrag einer Kriegsamtstelle beschlagnahmt, da ein Erwerb aus dem Kettenhandel vorliege. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde der Gemeinde jede Verärgerung verboten und die in Schwierigkeiten gesetzte Milch verschlechterte sich weiter. Auf weiterer Anfrage der Gemeinde, was nun mit der Ware geschehen solle, gab die Staatsanwaltschaft den Verlust frei. Auswischen ist der Versiegungsprozeß der Milch aber so weit fortgeschritten, daß sie auch nicht einmal für technische Zwecke mehr verwendbar ist. Ob die Gemeinde daher in dem Versteigerungstermin einen Räuber sinnt, wird, ist fraglich.

Und das passiert in einer Zeit, in der nicht einmal größeren Kindern Milch als Nahrungsmittel gegeben werden kann.

Sonnagsruhe. Die Einführung der völligen Sonnagsruhe, mit Ausnahme der Lebensmittel- und Blumengeschäfte, ist von der Schönberger Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden.

Einbrüche. An der Nacht zum Sonntag wurde aus dem Klässler von Schilling in der Grenadierstraße 17 für 1000 M. Wäschediebstahl aller Art gestohlen. Als dieser Einbruch entdeckt wurde, erinnerte sich eine der Militärpatrouillen, die jetzt unter Führung von Schuhmännern zur Nachzeit die Straßen abgehen, daß einige Männer aus einem Hause in der Grenadierstraße, in dem sich der Plättler befindet, herangekommen und in das Haus Dragoonerstraße 48 hineingegangen waren. Die Polizei sah sich daran, in diesem Hause um und überraschte sechs Personen, die gerade dabei waren, gestohlene Wäsche zu sortieren. Es war die Wache von Schilling. Die Behausung in der Dragonerstraße, die ein 22 Jahre alter Schlosser Isaak Wissig aus Warschau innehatte, war der Treffpunkt von Leuten aus Warschau, die schon seit längerer Zeit vom Diebstahl lebten.

Ein großer Einbruch wurde am Montag in früher Morgenstunde auf dem Grundstück Walpurgisstraße 40 verübt. Dort befindet sich im ersten Stock des Verderhanes die Konfektionswarenhalle von Else Manne. Als die Angreiber morgens die Werkstatt aufsuchten, fand sie sie zum größten Teil ungerichtet. Einbrecher hatten sie mit Nachtschlüsseln geöffnet und für 25.000 M. kostbare und Stoffe weggeschleppt, darunter 52 fertige Kostüme.

Der höhere Tarif der Hochbahn. Zum 1. April d. J. sollen auf den Strecken der Hochbahn neue erhöhte Tarife eingeführt werden. Die Preisgestaltung erfolgt im Aufschluß an die Tarife der Stadt- und Altbahn: dritte Klasse bis zum 3. Bahnhof 15 Pf., 8. Bahnhof 20 Pf., 12. Bahnhof 25 Pf., 13. Bahnhof und weiter 30 Pf. Für die zweite Klasse betragen die entsprechenden Preise 20, 25 und 30 Pf. Die Gesellschaft ist in der Tarifgestaltung für ihre alte Stammbahn vom Weiten bis Warschauer Brücke im Osten an Zustimmungen nicht gebunden; für die neuere Strecke von Spittelmarkt nach Norden steht die Stadt Berlin und der Zweckverband auf dem Standpunkt, daß Tarifänderungen an eine vorhergehende Zustimmung gebunden sind, während die Gesellschaft das bestreitet. Zur Beilegung dieser Differenzen haben Verhandlungen stattgefunden, bei denen als Voraussetzung für eine prozentuale Erhöhung einige Zusicherungen erzielt sind. H. a. sollen für die Bevölkerungspunkte mit der südlichen Nordbahn und der G.-E.-G.-Bahn Gesundbrunnen—Kreuzberg Übergangsfahrkarten ungelassen werden. Diese Verhinderungspunkte sind die Schnellbahnhöfe Friedrichstraße, Hallesches Tor, Alexanderplatz und Rotkreuztor. Es sollen Übergangsfahrkarten dritter Klasse zu 20 und zu 25 Pf. zugelassen werden, deren erste bis zur 8., deren zweite bis zum Ende der Pankustraße gültig ist. Die Vorlage des Verbandsdirektors, der diese Regelung empfiehlt, liegt der Verbandsversammlung am nächsten Montag vor.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. März.

Frühlingsanfang.

Am 21. März, 11 Uhr 25 vormittags, beginnt mit Eintritt der Sonne in das Zeichen des Widder der kalendariische Frühling. Die Natur ist in diesem Jahre dem Kalender vorausgegangen, schon seit Wochen wehen linde Lüfte und spritzen junge Knospen. Märschtag sind es, in die der Frühlingsanfang fällt. Märschtag, die in der Brust fröhlichsthafter Menschen die Hoffnung schwanken lassen. Doch sind gerade die Märschtag, die den vierten Frühlingsanfang während des Weltkrieges sehen, scheinbar weniger gespannt, Hoffnungsvolle zu erwarten, denn soviel neues Leben auch der Frühling in der Natur bringt, in der menschlichen Gesellschaft scheint es noch nicht Frühling zu werden. Märschtag sind in der Geschichte der Menschheit seit je von besonderer Bedeutung.

Märschtag haben oft den Beginn großer gesellschaftlicher Umwälzungen gelehnt. Die Feiern für die Märtyrgefallenen von 1848 sind noch heute eine lebendige Erinnerung daran. Der vorjährige März brachte die Erinnerung an den großen weltgeschichtlichen Ereignis, zur russischen Revolution. Welche Hoffnungen wurden darauf gestützt und wie ganz anders ist es für die gekommen, die gewohnt sind, die Überläufe der Dinge zu betrachten. Statt Erfüllung der Hoffnungen, die auf den vorjährigen März gerichtet waren, scheint das Gegenenteil eingeraten zu sein. Noch immer regiert Mars die Stunde, und schwärzeste Realität herrscht dort, wo noch bis vor einiger Zeit die Hoffnungsvolle Freude am Stärksten war. Was sich nur irrend hervorwagt an freiheitlichen Regungen, das wird von der Realität rücksichtslos geknebelt. Was nur einzigermaßen als eine Unterstützung von Märschtagen ausgelegt werden kann — und ausgelegt werden kann alles — das wird mit rauer Hand, mit allen Machtmitteln der Realität niedergehalten. Scheinbar steht der Frühlingsanfang in der Natur mit den Frühlingshoffnungen in der menschlichen Gesellschaft im starken Gegensatz. Scheinbar! Denn in Wirklichkeit leint und spricht es auch in der menschlichen Gesellschaft, trotzdem sie uns heute, unter dem Druck der Realität, als Friedhof unserer Hoffnungen erscheint. Diese Friedhofsruhe braucht uns aber nicht zu entmutigen, denn im Schoße der Gesellschaft sind die Kräfte lebendig, die sich für die Dauer so wenig bändigen lassen, wie die Kräfte in der Natur nicht in ihrer Entwicklung gehindert werden können. Der Baum blüht, weil er blühen muß! und die gesellschaftliche Entwicklung geht vorwärts, weil sie vorwärts muss, trotz aller Realität und trotz aller Verfolgungen der Träger dieser Entwicklung. Sind auch die gesellschaftlichen Verhältnisse beim vierten Weltkrieg Frühlingsanfang nicht besonders hoffnungslos, so wissen wir doch, daß gerade durch den Weltkrieg neue Zustände herangereift sind, die die Kräfte des Wohlfrühlings unterstützen. Und noch weniger als die Natur beim Frühlingsanfang an den Kalender gebunden ist, noch weniger ist der Wohlfrühlung an den März gebunden, soviel auch sonst der März seine Bedeutung hat.

Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Leipzig.

Im Sitzungssaal des Dienstgebäudes tagte am Dienstag der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Leipzig, der sich mit dem Haushaltplan für das Jahr 1918 beschäftigte. In der Aussprache wurde betont, daß der Haushaltplan das Bestreben erkennen lasse, bei den einzelnen Positionen Altklagen zu schaffen. Es wurde erklärt, daß man gegen Rücklagen des Bezirksverbandes sei, solange die Gemeinden keine vornehmen könnten. Auch wurde bemängelt, daß der Verein Heimatbank den Gemeinden die Unterstützungsätze für die Kriegerfamilien diktieren wollte. Die Organisation der Wohlfahrtspflege könne nicht die Aufgabe des Bezirksverbandes sein, sondern sie müsse die einzelnen Gemeinden überlassen bleiben. Bei der Befreiung der einzelnen Positionen des Haushaltplanes wurden Abstriche gemacht, ebenso wurde die Schaffung von Rücklagen abgelehnt. Der Bezirkstag lehnte als Bezirksteuersatz für den ordentlichen Haushalt 5 Prozent fest; 6 Prozent waren vorgeschlagen worden.

Bei der Erörterung der Wohlfahrtspflege im Bezirk erklärte Rechnungsrat Dr. Apelt, im Vorjahr hätten die Ausgaben für Wohlfahrtspflege 60.000 M. betragen. Es handle sich um Aufgaben, die einzelne Gemeinden nicht durchführen könnten, weil sie dazu finanziell meist zu schwach wären. Wenn jede Gemeinde für sich Wohlfahrtspflege betreiben wollte, bedeute das nur eine Kräftevergeudung. Wenn Unterstützungssätze den einzelnen Gemeinden überwiesen werden sollen, hande es sich um Unterstützungsätze für Kriegerfamilien. Die Überweitung erfolge gemäß den ministeriellen Verordnungen. Kriegerwitwen seien leider den Kriegerfrauen gegenüber schlechter gestellt in der Unterstützung.

Der Plan für den außerordentlichen Haushalt (Kriegskosten) schließt mit 11.770.296 M. gegen 8.071.840 M. im Vorjahr ab. Es wurde einstimmig genehmigt. Der Darlehnschub des Bezirksverbandes beträgt 22,1 Millionen Mark; hinzu kommen im Jahre 1918 neue Darlehen im Betrage von 11,5 Millionen Mark. Der Steuerzettel für den außerordentlichen Etat wurde auf 20 Prozent festgesetzt; dazu kommen 5 Prozent für den ordentlichen Etat, so daß der Gesamtsteuersatz 25 Prozent beträgt. Der Bezirktausch hatte 30 Prozent beantragt. Ein Antrag fand Annahme, die Abstimmung zu erlauben, den Gemeinden die Erhebung der gleichen Zuschläge der Staatsbeamten zu gestatten, wie sie der Staat erhebe.

Müssen wir Kartoffelbrot essen?

Diese Frage wird verneint in einem Artikel des national-liberalen Landtagsabgeordneten Dr. Jöpke im Leipziger Tageblatt zur Übergangswirtschaft. Dr. Jöpke hat vor kurzem mit einem Landwirt über den Mangel an Körnerfrüchten gesprochen. Darauf habe der Bauer folgendes erwidert: „Wir hätten viel mehr Brot, wenn nicht so stark ausgemahlen würde. Wenn wir das Brot erhalten sollen, brauchen wir Kleie. Wird das Korn so hoch ausgemahlen, so fällt keine Kleie ab. Deshalb muß jeder Bauer, um sein Brot zu erhalten, genügend Körnerfrüchte zufüllen. Dadurch wird mehr rohes Getreide an das Brot verfüllt, als der Gewinn am Ausmahlen beträgt.“ Herr Dr. Jöpke schreibt, daß der Mann recht hat. — Wenn nach den „Befürchtungen“ des national-liberalen Landtagsabgeordneten Dr. Jöpke der Bauer im Recht ist, dann sollte man doch das Brot mit dem Kartoffel- und Rübenbrot endgültig verschonen!

Getragene Kleidung. Wäsche, Schuhe und Uniformen dürfen laut Bekanntmachung der Kleidungsbefleißstelle vom Dezember 1916 für Leipzig nur noch an die K.-V.-G., Kleiderstelle der Stadt Leipzig, Ritterstraße 12/14, veräußert werden; Zu widerhandlungen ziehen hohe Strafen nach sich. Die K.-V.-G. ist ein gemeinschaftliches Unternehmen, sie will die Not der armen Bevölkerung lindern und bietet daher um Unterstützung. Ihr noch gut und sehr gut erhaltenen Kleidung und Mäntel werden nach neuerer Anordnung der Reichsbekleidungsstelle logaz 50 bis 75 Mark bezahlt, alles übrige entsprechend. Bei Abgabe gebrauchsfähiger Kleidungsstücke, Wäsche, Schuhe steht jedermann auf Wunsch ein Bezugsschein ohne Prüfung der Notwendigkeit zu. Ihre abgegebene Uniformen werden Bezugsscheine für ein entsprechendes Zwillsleidungsstück sowohl für Männer und Frauen als auch für Frauen und Mädchen ausgestellt.

Der Verein für deutsche Frauenkleidung veranstaltet Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. März, von 11 bis 1/2 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus, Dresdner Straße 7, I., eine Ausstellung von Kleideru., Stickerei, Perlenarbeiten usw. Diese soll dazu beitragen, die Verbraucher des Vereins, die Volksbedürfnis durch geistige, zweckmäßige Kleidung zu heben, in welche Kreise zu tragen.

Schlechthandel mit Güterwaren. Von den Beamten der Reichswache sind in der letzten Zeit eine große Anzahl Fälle von Schlechthandel mit Güterwaren aufgedeckt worden. Die Ware, die lediglich aus Inlandsware bestand, hatte ursprünglich den Handelspreis von 2 bis 2,50 M. gehabt, der durch Stellen- und Schlechthandel bis auf 10 M. für das Pfund getrieben werden war. Um die Verbraucher, denen der Preis zu hoch erschien, einigermaßen zu beruhigen, wurde von den beim Schlechthandel beteiligten Kleinhändlern die Ware als Auslandsware bezeichnet. Noch vorausfundene Vorräte wurden beschlagnahmt und die Kleinenhändler werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

Zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten und Kriegsblutverschuldenen hält sich der Ortsverein Heimatbank (Althaus, Büttchenschoch, Zimmer 224) auch weiterhin allwochentlich Donnerstag nachmittag von 8 bis 5 Uhr zur Verfügung.

Frauen und Mädchen, die sich dem väterlichen Hilfsdienst in der Clappe zur Verfügung stellen wollen, werden erneut und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß eine unmittelbare Bewerbung bei den Feldbienstellen unzweckmäßig ist und dadurch eine event. Verhinderung des Gehuches nur verzögert wird. Die Anträge sind vielmehr bei den zuständigen Frauenniederlassungen, die sich in der Regel beim Arbeitsnachweise oder der Behörde des betreffenden Ortes befinden, einzureichen.

Der Verein für deutsche Frauenkleidung veranstaltet Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. März, von 11 bis 1/2 Uhr, im Auguste-Schmidt-Haus, Dresdner Straße 7, I., eine Ausstellung von Kleideru., Stickerei, Perlenarbeiten usw. Diese soll dazu beitragen, die Verbraucher des Vereins, die Volksbedürfnis durch gesunde, zweckmäßige Kleidung zu heben, in welche Kreise zu tragen.

Ablieferung gebrauchter Hämmer. Alle verfügbaren Hämmer werden zur Verbesserung von Lebensmitteln und kriegswichtigen Rohstoffen dringend benötigt. Die im Herbst 1917 erfolgte Bestandsaufnahme zeigt dem Verlust der Hämmer nicht entgegen, jedoch darf der Verlust nur an Firmen erfolgen, die einen Ausweis besitzen. Falls Hämmer verhüllt oder ohne Grund zurückgehalten werden, müßte unachlässliche Strafanzeige oder Enteignung der Hämmer erfolgen. Die Reichsbahnstelle fordert daher auf, alle entbehrlichen Hämmer nach Art und Stückzahl alsbald anzumelden. Die Reichsbahnstelle, Befestigungsstelle Leipzig, Salomonstraße 1, Fernspre. 10.185, deren Bezirk Königreich Sachsen, Provinz Sachsen, die Thüringischen Staaten und Anhalt umfaßt, erfordert nähere Auskunft.

Die Kurse zur Ausbildung in der Säuglingspflege und Kinderpflege beginnen im Leipziger Krippenverein in diesem Jahre am 3. April. Anmeldungen nimmt entgegen die Schriftführerin Frau Sophie Duoyer-Dermonce, Wilhelm-Senffstraße 3, Sprechzeit wochentäglich von 9 bis 10 Uhr morgens.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Raunhof. Die Musterung der Wehrpflichtigen des Geburtsjahrs 1900 sowie der wegen Krankheit und Gebrechen zurückgestellten Wehrpflichtigen der Geburtsjahre 1895, 1897, 1898 und 1899 findet für Raunhof Dienstag, den 26. März, vorm. 8 Uhr, in Grün im im Schülzenhaus statt.

— **Wischverkauf.** Bei Otto Globig, Grimmaer Straße 9, wird Vollmilch das Pfund für 1,80 M. und bei Ida verm. Kühne, Lange Straße 61, Mädermilch das Pfund für 1,10 M., soweit der Vorrat reicht, marktfrei verkauft.

Gauholt. Lebensmittelverkauf. Durch die Kaufleute und die Hauptstelle (Turnhalle) werden am Sonnabend verabschiedet auf folgende Nummern des Bestellhefts: Nr. 1: Schweinesett, für die Person ein halbes Pfund, 6 Pf.; Nr. 2: Marmelade, für die Person ein halbes Pfund, 10 Pf.; Nr. 3: Graupen, für die Person ein halbes Pfund, 18 Pf. (Diese werden auf Abschnitt B der Lebensmittelkarte verabreicht. Die Abschnitte B sind den Bestellzetteln beizufügen und von den Händlern gebündelt in je 100 Stück in der Turnhalle abzuliefern.) Nr. 4: ein Paket Kuchenbackmehl mit 5 Paketen Vanilleszucker, 4 M.; Nr. 6: Fleischbrühe-Esel, ein halbes Pfund 95 Pf.; Nr. 8: Nordsee-Krabben in Gelee, eine Pfunddose 3,00 M. Außerdem fürs Küb auf Senfgurkenart, ein halbes Pfund 75 Pf., und eingemachtes saures Gemüse (Vorrat gering) ein Viertelpfund 60 Pf.

Böhli-Ehrenberg. Mahnungsmitteilerverkauf. Auf Mahnungsliste Nr. 32 werden für die Person ein halbes Pfund Heidelbeerermarmelade und ein Viertelpfund Graupen abgegeben. Verkauf ab Donnerstag. Die Waren sind sofort anzuwenden. Der Kleinverkaufsabschluß für Graupen beträgt 16 Pf. und für Marmelade 9 Pf. für das Pfund.

Markranstädt. Die nicht aus Privathand belieferlichen Abschnitte C der Landeskartoffelkarten können in Wochenausweiskartchen umgetauscht werden. Der Umtausch der Abschnitte findet Straßenweise am Donnerstag in den bekannten Ausgabestellen statt.

Schleußitz. Arbeitserleichterung. Die Auskunftsberichtigung erfolgt bis auf weiteres jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr mittags Augustastrasse 8, Hof. Außerdem wird im Arbeitserleichterung, Weststraße 2, Hof, jeden Mittwoch von 5 bis 7 Uhr nachmittags Auskunft erteilt.

Wahlkreis Merseburg-Derfurt.

Wir bringen den Genossen hierdurch zur Kenntnis, daß für die Dauer der Abwesenheit unseres Parteisekretärs, Genossen Götsch, der Kreisvorsteher Genosse Oskar Fiedler, Schleußitz, Markt 8, die Geschäfte des Kreises erledigt. Alle Brief- und Geldsendungen sind nur an obige Adresse zu senden.

Der Vorstand.

Sächsische Angelegenheiten.**Gegen die Leipziger Zeitung.**

Um die Leipziger Zeitung, das vom Staat unterhaltene halbamtliche konservative Organ, ist seit zehn Jahren in alten Landtagen geschritten worden. Von sozialdemokratischer Seite ist der Zustand, der im Kapitel 7 des Staatshaushaltplanes festgelegt ist, stets lebhaft bestanden und das Kapitel abgelehnt worden. Die Fortschrittkräfte haben sich in den letzten Landtagen diesen Vorgehen angegeschlossen. Aber auch in nationalliberalen Kreisen fand die Leipziger Zeitung starken Widerspruch, obwohl man sich dort bisher nicht bis zur Ablehnung ausschwingen konnte. Bei der Beratung des Kapitels im vorigen Etat wurde schließlich der Regierung aufgegeben, das Unternehmen zu versetzen.

Über den Erfolg dieser Anregung berichtete nun in der Finanzdeputation A der Referent, der nationalliberalen Abg. Dr. Seydel, daß es bisher zum Verkauf nicht gekommen ist. Mehrere Angebote hat die Regierung zurückgewiesen, weil sie ihr nicht günstig genug waren. — Allerdings scheint nach Will man sich aber nun nicht mehr länger hinhalten lassen, sondern mit dem Unzug, daß die sächsische Regierung zwei Tageszeitungen für ihre politischen Zwecke benutzt, aufzuräumen. Der Referent teilte gleich bei Beginn der Verhandlungen mit, daß er vorschlagen werde, daß das Kapitel abzulehnen. Es ist kein Zweifel, daß hinter diesem Antrag die nationalliberalen Fraktion steht. Beharrt sie im Verein mit Sozialdemokraten und Fortschrittkräften auf diesem Standpunkt, dann ist die Beseitigung der Leipziger Zeitung als Staats- und Regierungsgesetz in der zweiten Kammer sicher. Da in solchen Fällen eine vorherige Beratung der Deputation mit der Regierung nötig ist, wurden die Verhandlungen auf eine weitere Sitzung verlegt, ohne daß man in die Einzelberörterung einztrat.

Neuerungsfragen.

In der letzten Sitzung des Verfassungsausschusses wurde der nationalliberalen Antrag auf Reform des gesamten öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens weiter verhandelt. Der Referent hatte die Vorschläge zur Behandlung der Sache in einer sogenannten für diese Zwecke zu beruhenden Schulsynode schriftlich formuliert. Eine lange Debatte gab es darüber, wie die Körperhaft berufen und zusammengebracht werden soll. Da die Beratungen aber unverbindlich sein und keine Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist die Frage nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb wurde auch ein Vorschlag vom Referenten zurückgezogen, der in gewissen Fällen doch eine schadensweise Entscheidung zuließ, nachdem dagegen Widerspruch erhoben war. Auch im übrigen wurde einiges an seinen Vorschlägen geändert und weggelassen. — Der ganze Apparat, der hier in guter Absicht vorgeschlagen wird, dürfte kaum zu dem Reale führen, eine fortschrittliche Reform in Bewegung zu bringen. Und lediglich zur Zusammentragung leicht verstreut Materialien braucht man ihn nicht. Dazu ist er unnötig schwierig, das könnte auch ein kleiner Auskunftsbrief beorgen. Diesen Bedenken wurde von dem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Gruppe Ausdruck gegeben.

Dann wurde die Beratung über die Reform der inneren Verwaltung zu Ende gebracht. In der Hauptstube war noch über einen Antrag des Referenten zu beschließen, der die Neuregelung des Verwaltungsrechts durch ein Gesetz fordert. In Sachsen hat sich der Zustand herausgebildet, daß man durch Verordnungen Gesetze erfüllt oder auslegt. Diese Methode, die der Polizeiverwaltung einen übertragenden Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben einräumt, macht Sachen zu einem Polizeistaat ohne Freiheit im sch

Ostriebe und Kriegskredite.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Nun, meine Herren, der Herr Reichskanzler hat gestern die Gelegenheit ergreifen, um seinerseits in den höchsten Tönen gegen die gegnerischen Mächte zu reden. Er wies darauf hin, daß England und seine Verbündeten Gott auf die holländischen Handelschiffe zu legen suchten. Er verurteilte das in der schärfsten Weise und sagte, darauf gehe hervor, mit was für einer gewaltigen, struppelosen Gegenseite man zu rechnen habe, und er wies schwerste urteilssiebenen Vorwürfe, die Deutschland gegenüber gemacht sind, daß es gerade diesen gegenwärtigen Zeitpunkt benutze, um irgendwo in der Welt freiheitliche Fehdehandlungen zu unterbringen. Von unserer Seite ist sofort darauf zutreffend zugekommen worden:

sche Finnland,

und ich kann nur erklären, wenn ich sämliche leitenden Staatsmänner der baltischen Mächte gegeneinander gegenüberstelle rede, habe ich immer die Empfindung, daß sie in dem, was sie über die Gegenseite sagen, Recht haben, aber tief sie selber sich in das Unrecht hineingearbeitet haben. (Sehr wahrl bei den U. S.) Deshalb hätten wir es lieber gesehen, und es hätte in auch dem Herrn Reichskanzler, Grafen Hertling, sicher besser zu Gesicht gestanden, wenn er anstatt im Tone der Selbstgerechtigkeit, wie die Mehrheit seiner Söhner und Steuerzahler, von denen Jesus Christus an einer bestimmten Stelle spricht, ihre Tugenden an rühmen, sich reuevoll an die eigene Brust geschlagen und gelacht hätte: „Von sei mir Sünder gnädig!“ (Sehr wahrl bei den U. S.) Wir untersetzen als Vertreter des Volkes, des deutschen Volkes, haben es im Reichstage jedenfalls damit zu tun, was unsre Regierung tut. Wir haben unsre Regierung zur Verantwortung zu ziehen, wobei ich in seiner Weise das beschönigen will, was andre kapitalistische Regierungen in anderen Ländern auf der Gegenseite ihrerseits an Verhüllung von ihre Schultern geladen haben, und dasselbe Verhüllung von der Reichsregierung, mit der wir es gegenwärtig zu tun haben, ist eben dieser Vertrag, der uns hier vorgelegt ist. M. d. dabei spielt eine Auseinandersetzung, die wir heute und gestern gehabt haben, das

Verhältnis zu den baltischen Provinien,

begrifflicherweise die Hauptrolle. Von den Herren Stresemann und Graf Westarp ist heute wiederum in den höchsten Tönen das Lob der baltischen Deutschen gefungen worden, und es als eine Art Verbrechen am Deutschtum oder als eine Art von Unrechtmäßigkeit hinstellt worden, wenn gegen die Politik der baltischen Provinz, der baltischen Deutschen hier scharfe Worte gefallen sind. M. d. wir können da vollkommen objektiv versuchen. Ich sehe gar nicht an, zu erklären, daß mir persönlich als Menschen die Balten äußerst sympathische Menschen sind, wenngleich soweit ich Gelegenheit gehabt habe, Balten kennen zu lernen. Ich habe im Laufe meines Lebens niemals viel Balten kennen gelernt. Das waren allerdings alles Leute von stark freisinniger Gesinnung, wenn auch keineswegs durchweg Sozialdemokraten. Es waren nur sehr wenig Sozialdemokraten darunter, aber Leute, die als Menschen mit außerordentlich sympathisch waren, die eine gewisse prosozialistische Weltanschauung hatten und von mancher philisterhaften Beschränktheit, die man bei deutschen Reichsbürgern vielfach findet, frei waren. Aber die rein persönliche Anerkennung, die mir die Leute obneben haben, die Balten mich doch nicht, die Politik der baltischen Provinz und derartigen, die mit ihnen an demselben Strang liegen, aufs schärfste zu vorwürfen, weil sie eine falsche und verkehre Politik betrieben. Nur allen Dingen sind wir gewiß, daß jetzt zu tun, weil diese falsche Politik, die die baltischen Provinz mit dem Rattenregiment in den abgelaufenen Jahren auf ihr Schuldkonto geladen haben, jetzt unter dem Schutz der baltischen Regierung und der Reichslandesfreiheit weiter zu ihrem Leben erstricken werden soll. (Sehr wahrl bei den U. S.) Darum handelt es sich m. d. Was hier ansteht ist in bezug auf die baltischen Provinzen — ich gehe auf Einzelheiten dann ein —, das geht darauf hinaus, daß her, nerinen Anzahl der Deutsch-Balten, die insgesamt unter 3 Millionen Gesamteinwohnerzahl 180 bis 200.000 Menschen beträgt, die Herrschaft in die Hände genommen werden soll für die Geläufigkeit des ihrigen Landes und daß sie dieses Herzschlagsverhältnis in derselben Weise nur durchführen können, wie sie es zur Zeit des Rattenregiments ausgeübt haben.

Und überhaupt die baltischen Provinz in Kurland, Livland und Estland ihre Sonderherrschaft mit ihrer geringen Anzahl durchdringen könnten, beruft nicht darauf, daß sie allein mit den Letten und Esten zu tun hätten, sondern beruft darauf, daß sie den Schutz der zaristischen Autokratie sollte haben. Die baltischen Provinz hatten einen ungeschriebenen Pakt mit dem Rattenregiment geschlossen, daß das Rattenregiment ihnen ihre Autonomie in Estland, Livland und Kurland vollständig unerhörbar läßt. (Sehr wahrl bei den U. S.) Inwieweit sie dasseit dem Rattenregiment die reaktionären Staatsbeamter, Beamten und Generale im Russischen Reich selbst halten. (Sehr richtig! bei den U. S.) Darum haben sie die Ausführungen begonnen, die zum Teil mit Recht der Herr Abgeordnete Tonid gestellt gemacht hat. Darum steht kein Vorwurf gegen die Provinz überhaupt. Es gibt auch viele freiheitlich gesinnte Balten, die mit dieser Provinzherrschaft in Kurland, Livland und Estland und mit der Wirtschaft am Rattenhof durchaus unzufrieden waren. Aber diese Politik ist ihr des Deutschtums in Livland, Kurland und Estland äußerst verdeckt geworden und würde noch verberghen werden, wenn eine solche Politik unter dem Schutz des Deutschen Reichs in den baltischen Provinzen fortgesetzt werden würde.

Leider sind die Veranstaltungen der deutschen Reichsregierung vor dem Oberbefehlshaber Ost, der Militärs, die ja die Macht in ihren Händen haben, dazu angelan-

eine solche junckereihe Monarchie statt in schlimmstem Maße wiederherzustellen,

nachdem sie durch die russische Revolution in jenen Ländern bestellt ist. Da kommen wir zu solemtem fundamentalen Unterschied der Freiheitlichen und der linken Räte: Das russische Rattenregiment konnte in der Zeit seiner Gewalt allerdings, indem es seine absolute Macht zur Verstärkung stellte, die baltischen Autoren am Ruder halten; aber wie will das das Deutsche Reich machen? Als einer unter den Wehrheitsparteien dieses Hauses, an die ich mich einmal wenden will, der seine Zustimmung dazu geben würde, daß gegen den Willen der ganz überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung der drei baltischen Provinzen das Rattenregiment mit Balonetten und Pistolen im deutschen Solche aufrecht erhalten werde? Ich helle die Frage und erwarte eine Antwort. Vorläufig geben Sie keine Antwort. (Heiterkeit.)

Sie ist Ihnen zweifellos sehr unangenehm. (Lachen links). Wenn wenn Sie das verneinen wollten, dann müßten Sie Front gegen die deutsche Regierung machen, die gegenwärtig bereits alle Veranstaltungen getroffen hat, um dieses Rattenregiment aufrecht zu erhalten. (Sehr wahrl bei den U. S.) Der ganze Friedensschluß ist darauf angelegt. Es sind an den Abmachungen, die getroffen sind, allerhand Ausstellungen zu machen, zum Beispiel schon die sonderbare Teilung der baltischen Provinzen, die mit der neuen Grenzlinie vorgenommen ist, die Teilung des lettischen Volkes, die sogar der Abgeordnete Graf v. Westarp bemängelt hat. Aber das sind Nebendinge.

Die Hauptfrage ist die folgende: die deutsche Regierung hat sich in den baltischen Provinzen Vertrouenmännervertragsstaaten eingeschaffen, die sie Bundesräte nennen. Von diesen Vertrouenmännervertragsstaaten hat sie die Aufforderung zu verschleierten Unionen ersehen lassen und hat nun gegenüber der russischen Regierung sich darauf berufen, um diese Aufforderung als präsumptive Grundlage für die Friedensgestaltung durchzu-

bringen. Da muß ich, um die Sache vollkommen klargestellen, Ihnen hier einige Dokumente zur Kenntnis bringen, die ganz unanfechtbar sind.

Das eine Dokument, welches zeigt, wie die Verwaltung in Oberost in den befreiten lettischen Gebieten Volksmeinung macht,

habe ich vor mehreren Wochen zunächst teilweise in der Budgetkommission verlesen. Da erklärte Herr von Althmann, er sei nicht in der Lage, darauf einzugehen, da er die Tache bisher nicht lenne. Die Dokumente sind mittlerweile ganz zweifellos den Herren bekannt geworden. Weil mehrere Wochen darüber verangangen sind und gar kein Widerfuhrich gegen die Richtigkeit erhoben wurde, ist damit festgestellt, daß sie ihre Richtigkeit selber zuwohnen. Mir mich war die Richtigkeit von vornherein klar, für meine Freunde auch. Über damit die Sache nicht mehr verdeckt werden kann, werde ich Ihnen den Kern dieser Dokumente vorlesen.

Meine Herren, es hat sich Ende Dezember in Riga eine Versammlung von 18 leitenden lettischen Vereinen aus Kurland und den benachbarten Provinzen gebildet, und diese lettischen Vereine verlangten vom Kommando Oberost, daß ihnen Versammlungen genehmigt werden sollen, in denen sie über die Zukunft des lettischen Volkes sich aussprechen könnten. Darauf erhielten sie eine Aufschrift: Für das Gouvernement der Chef des Generalstabs, Buchholz, Oberstleutnant, unterzeichnet. An dieser Aufschrift wird die gewünschte Versammlung an gewisse Bedingungen geknüpft. Unter anderem wird der Vorsitzende vorgeschrieben, und es wird gesagt: es darf über die deutsche Verwaltung nicht abstimmt gewählt werden. (Hört, hört! bei den U. S.) Ach will den Satz hier vertiefen:

„Der zur Leitung der Versammlung beruhende Vorsitzende hat streng Befehl zu wachen, daß bei der Debatte das Deutsche Reich, die deutsche Heeresleitung und die deutschen Behörden nicht abstimmt gewählt oder angegriffen werden.“ (Hört, hört! bei den U. S.)

Auch nicht, wenn sie es verdienen! Wenn die Leute nicht gewußt hätten, daß sie die Kritik verdienten, hätten sie diese Verwahrung nur nicht eingelebt. (Sehr richtig! bei den U. S.) Wenn wäre die Kritik wichtig, dann hätten sie diese falsche Kritik federrecht widerlegen können; aber sie wußten, sie konnten die Kritik nicht widerlegen. Deshalb wurden die Angriffe von vornherein verboten. Dann kommt folgender Satz:

„Mit der Reruna, Lettuna und Schließung wird Herr Rechtsanwalt Krastaln beauftragt.“ Ein Mann, der wie mir ähnlich mitgeteilt wird, nebenbei im Dienste der deutschen Polizei stehen soll. (Ausruf von den Rät.) Das haben mir lettische Parteigenossen geschrieben. (Erneuter Ausruf von den Rät.) — Gegenwart des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Den Mann, der mir das mitgeteilt hat, kann ich deshalb nicht nennen, weil er sofort von den deutschen Behörden — Sie wissen das sehr wohl, Herr Stresemann — in der schlimmsten Weise gemahnt wurde. (Wiederholter Ausruf von den Rät.) — Ach was, das ist mir . . . (Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: . . . im Namen einer ganzen Anzahl von Leuten mitgeteilt worden, die in Riga anwesend sind. Es heißt dann in dem Schriftstück weiter:

„Der weiteren hat die Versammlung aus ihrer Mitte 20 Personen als Mitglieder des zu bildenden Landesrats für das Gebiet des Gouvernementbezirks Riga zu erwählen. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Herrn Oberbefehlshaber.“

(Schlafende Rufe von den U. S.: Hört, hört!)

Also das sind 20 Bundesräte,

die durch die Versammlung gewählt werden sollen, und die Wahl ist durch den Oberbefehlshaber Ost zu bestätigen. Das ist dann die Stimme des Volkes! (Ausrufe bei den U. S.)

Ich sage vorhin: die Einsicht war von 18 lettischen Vereinen gemacht. Nebenher waren meines Wissens nicht einmal Sozialdemokraten darunter — ich kann das nachträglich feststellen —, in der Hauptstrophe waren es jedenfalls klarerliche Vereine.

Die Versammlung wollte also Stellung nehmen zu der Frage, wie das lettische Land künftig staatlich geregt werden sollte. Unter den verlesenen Einschränkungen, die das Kommando Oberost gemacht hatte, kam nun noch folgende wichtige Bestimmung:

„Es wird jedoch nach Prüfung der vorausgelegten Erklärung und der weiter eingegangenen Erklärungsunterschriften bemerkt, daß der Herr Oberbefehlshaber Ost seinerseits nur in der Lage ist, eine Erklärung in der aus der Anlage erschlichen Fassung einzugehen.“

(Hört, hört! bei den U. S.) Der Oberbefehlshaber Ost schreibt also dieser Versammlung vor, welche Resolution sie erläutern soll, in welcher Weise die Zukunft des Lettlandes gestaltet werden soll. Die Resolution wird als Muster gleich beigelegt und lautet folgendem:

An den Herrn Oberbefehlshaber Ost, Seine Königliche Hoheit

Generalstabsmarschall Prinz Leopold von Bayern.

Eure Königliche Hoheit! Die Endesunterzeichneter erlauben sich ganz ergeben, Eurer Königlichen Hoheit folgendes zur wohlwollenden Prüfung zu unterbreiten:

Das lettische Volk hat im Laufe der Jahrhunderte unter der Herrschaft wechselnder Regierungen sein Volkstum zu erhalten gewußt und es verstanden, seine Kultur trotz vieler Schwierigkeiten zu entwickeln und zu fördern. Nachdem die russische Staatsregierung für die Volker Russlands ein unbedenkliches Selbstbestimmungsrecht proklamiert hat, hält das lettische Volk den Zeitpunkt für gekommen, dieses Recht auszuüben und die Grundlagen für den weiteren Ausbau der künftigen Staatsordnung zu legen unter Wahrung der kulturellen und nationalen Eigenart der Minoritäten des Landes nach dem Prinzip der Gleichberechtigung. Um diese Aufgaben befriedigend erfüllen zu können, erstrebt das lettische Volk die Errichtung einer selbständigen, von allen bisherigen staatlichen Beziehungen gelösten lettischen Staates.

Wir bitten daher gleich dem den Letten zusammenverwandten litauischen Volk um die Unterstützung und Mitwirkung des Deutschen Reichs und rednen auf die Hilfe der deutschen Verwaltung.

Wir bitten Eure Königliche Hoheit, eine aus allen Volkskreisen zusammengesetzte Landesvertretung zu genehmigen und ihr das Recht zu geben, noch während des Kriegs beim Ausbau des neuen Staatswesens mitzuwirken. (Hört, hört! bei den U. S.)

Meine Herren, das charakteristische ist, daß den Letten nun erklärt wird, sie sollten die Gründung eines lettischen Staates wünschen. Das widerspricht dem Wunsche aller Letten und Esten, die ja ein lettisches und ein estnisches Staatswesen haben wollen.

Auf diese Annahme haben von den 18 Vorsitzenden dieser Versammlung erklärte, daß sie es mit ihrer Ehre nicht vertragen könnten überhaupt die Versammlung zusammenzubringen. (Hört, hört! und wiederholte Ausrufe von den U. S.)

Abg. Ledebour: Die Einsender waren die Vertrauensleute der lettischen Vereine, denen die Regierung zunutze, sie sollten Vertrauensleute der Regierung werden. Aber das haben 17 von ihnen abgelehnt, nur einer hat das akzeptiert, und das war der Herr Rechtsanwalt Krastaln, den die deutsche Regierung von vornherein zum Vorsitzenden dieser Versammlung bestimmte, und von dem der Herr Abg. Stresemann nicht zugeben will, daß er mit der deutschen Polizei in Verbindung steht. Herr Krastaln akzeptierte seinerseits die Annahme; er hielt es mit seiner Ehre für verträglich, sich, wenn er namens des lettischen Volkes eine Eingabe macht, von dem Oberkommando Oberost vorschreiben zu lassen, wie diese Eingabe lautet. Ich weiß nicht, ob Sie sich jetzt noch für den Herrn Krastaln interessieren. (Ausrufe bei den Rät.) Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Ich habe den Namen nicht verstanden, er ist auch nicht richtig. (Groß andauernde Heiterkeit.) Er kann bedeckt nicht richtig sein, weil mein Gewährsmann kein Rechtsanwalt ist, wie Herr Stresemann den Genannten bezeichnet. Der Lachen war also verstohlt. (Heiterkeit bei den U. S. — Ausrufe links.) Das ist

doch sehr klar. Daraus, daß Sie einen Rechtsanwalt genannt haben, entnahm ich, daß Sie auf falscher Zählung sind, und zwar bestätigt zu sagen: es ist nicht der Richtige. (Ausrufe von den U. S. und links.) — Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Aber, Herr Dr. Stresemann, nachdem ich vorhin gesagt habe, ich kann den Namen nicht nennen, weil ich den Mann nachher der Erfährt durch die deutschen Behörden auflesen, war es, wenn Sie den Namen nennen,

eine unverantwortliche Denunziation.

(Sehr wahrl und Ausrufe bei den U. S.)

Nun, meine Herren, Sie sehen, in welcher Weise die Verwaltung Oberost gearbeitet hat, um Meinungsverschiedenheiten hervorzutreten. Sollte mir irgendwo Irrtum unterlaufen sein, so ist ja der Landeschef des Kurländischen Herzogtums Kurland anwesend (Heiterkeit), der genau darüber Bescheid wissen muß und nachher dadurch bestellt wird berichtigten können. Ich will noch erwähnen, Herr Krastaln berief eine andere Versammlung ein, aber auch die Leute, die er auf eigene Hand zusammenriefen, haben es abgelehnt, mit dieser Sache etwas zu tun zu haben.

Nun hat sich später die deutsche Verwaltung auf andre Weise eine Kundgebung verschafft, nämlich durch den Landtag des Herzogtums Kurland. Der Landtag des Herzogtums Kurland bestand ursprünglich fast nur aus Mittlerquatschern und einigen Bürgermeistern, und man hat, um ihn zu vervollständigen, einige Vertreter der Dorfgemeinden und einige städtische Vertreter hinzugezogen. Den neuen Landtag bildet im ganzen 81 Vertreter des Großgrundbesitzes, 27 Vertreter des Kleingrundbesitzes, also Peitzen, 17 Vertreter der Städte, 4 evangelische und ein katholischer Geistlicher. Schon die Zusammensetzung an sich, meine Herren, liefert den klaren Beweis, daß das

nicht eine Vertretung des lettischen Volkes

ist. Die ganz überwiegende Mehrzahl der Kurländer, ungeachtet neuem Gehalt, sprechen die lettische Sprache.

Aber, m. o., auf einen Punkt haben die Herren bisher noch nicht hingewiesen, er ist ihnen vielleicht nicht bekannt geworden, es ist aber für die ganze Sache äußerst charakteristisch, und da appelliere ich wieder an die sachverständigen Kenntnisse des Vertreters des Landeschefs von Kurland. Wie mir mitgeteilt wird, ist die Vertretung des Kleingrundbesitzes auf folgende Weise zusammegestellt. Die Gemeindevertreter sind aufgerufen worden, in Kreisversammlungen die 27 Vertreter zu entsenden. Wer sind nun diese Gemeindevertreter?

Die während der Revolutionszeit von den Gemeinden gewählten Gemeindevertreter wurden einschließlich zum Teufel gefragt und anderen Stelle hat die deutsche Okkupationsverwaltung nach Vorschlag der deutschen Mittlerquatscherei ihreletts Gemeindevertreter ernannt — (Hört, hört! bei den U. S. — Ausrufe rechts.) Es ist eine Mitteilung, die mir zugemessen ist.

Sie schütteln mit dem Kopf? Herr v. Gossler! Ich habe eben offiziell an Sie appelliert, damit Sie mir entweder das bestätigen oder bestreiten, ob das richtig ist. — Ich will den Saal, wie er mir zugesandt ist, (Bunrufe) damit die Sache klargelegt werden kann, hier verlesen:

„In Kurland haben die Okkupationsbehörden die Brillen-Selbstverwaltung auf dem Lande ganz befreit. An ihre Stelle sind Gemeindevertreter aus Personen, die von den deutschen Mittlerquatschern befürwortet worden sind, ernannt. Die von den deutschen Mittlerquatschern in dieser Weise eingesetzten Gemeindevertreter genügen nicht das Vertrauen der lettischen Bevölkerung: sie sind ihr aufgezwungen und liegen sich in allem nur den Willen der Okkupationsbehörde, bzw. der Gutsherren. In jedem Kreis haben diese vermeintlichen Gemeindevertreter auf Zusammensetzung ihrerseits diejenigen Gemeindevertreter aus ihrer Mitte für die Landesversammlung ernannt, die von den Okkupationsbehörden empfohlen waren.“

(Hört, hört! bei den U. S.) Das ist eine ganz klipp und klare Darstellung, und ich erwarte eine Widerlegung und werde eventuell versuchen, mir von meinen Gewährsmännern dann darüber klarheit zu verschaffen.

Aber nehmen wir einmal an, diese Zusammensetzung der Gemeindevertreter wäre etwas günstiger zusammegestellt, unter keinen Umständen kann diese Korporation, die aus solchen Wahlen hervorgegangen ist, als eine Vertretung des kurländischen Volkes angesehen werden, ob das richtig ist. (Sehr wahrl bei den U. S.) Es heißt mit allen unsern Rechtsbegriffen von Volksvertretung einfach schändlich treiben, wenn man das eine Volksvertretung nennt, was da zusammengebracht worden ist. (Sehr wahrl bei den U. S.) Und, m. o.,

auf diese Vertretung häuft sich nun die deutsche Reichsregierung, und auf sie fühlen sich schließlich deutsche Reichstagabgeordnete. Der Herr Abg. Stresemann hat gesagt, es seien doch 80, das sei doch eine Vertretung! Das Lettland und Estland wäre ein so demokratisches Verfahren nicht möglich wie allenfalls in Deutschland, weil die außerordentlich kulturell höchstständige Leute seien. Dazu muß ich bemerken: dieser Versuch, die demokratischen Rechte unter Verweis auf angeblich kulturell höchstständige Verhältnisse zu verhindern, ist ja nicht neu, mit ihm haben wir ja in Preußen beständig zu tun, damit wird ja heute noch das Dreiklassenwahlrecht vertrieben. Aber der Vergleich, den der Herr Abg. Stresemann da gezeigt hat, der angeblichen kulturellen Höchstständigkeit der Letten und Esten, ist falsch. (Sehr richtig! bei den U. S.) Die Letten und Esten sind durchweg schreib- und leselündig und stehen unglaublich so hoch wie die deutsche Bevölkerung. Es ist die gebildete Bevölkerung des russischen Reiches; (Sehr wahrl bei den U. S.) und die Gerechtigkeit gebietet mir anzuerkennen, daß die hohe Bildung der Letten und Esten zum guten Teile darauf zurückzuführen ist, daß sie eben mit der deutschen Kultur durch die Balten in starker Verbindung gekommen sind als andere Völkerschaften Russlands. (Hört, hört! bei den Rät.) — Sie sehen, ich werde niemals etwas tun oder sagen, was als Ungerechtigkeit gegen Leute ausgelegt werden kann, mit denen ich sonst in diesen Fragen in ausgetrockneter politischer Gegnerschaft stehe. — Über das ist zweifellos, die

baran denken wird, neue Throne zu errichten, sondern sich beeilen wird, die alten Throne zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den II. S.)

Aber, meine Herren, ist will einmal von dem monarchischen Gedanken, mit dem sich nach ihrem Geschmack abzuwünschen ich den Herren überlässt, jetzt abschneiden. Was für eine Wirkung wird das nun für die Zukunft von Preußen haben, wenn der König von Preußen nebenbei kurländischer Herzog wird? Nach was für Grundsagen soll der gute Mann regieren? (Große Lärche und Zornen.) Es ist doch ganz unentbehrlich, daß da... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Darüber brauchen Sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben es hier mit dem russischen Friedensvertrag zu tun.

Abg. Ledebour: Verzeihen Sie, Herr Präsident, ich will Ihnen den Beweis liefern, daß das im engsten Zusammenhang mit dem russischen Vertrag steht, denn in diesem Vertrage wird gesagt, daß mit der Bevölkerung jener Gebiete zusammen deren künftige staatliche Geschichte ausgearbeitet werden sollen, und die preußische und deutsche Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die bisherigen Amtshandlungen — jene angeblichen Amtshandlungen — präsumtiv anzusehen sind als Grundlage dafür. (Sehr richtig! bei den II. S.) In diesen Amtshandlungen gehört auch die Proklamation des Herzogs von Kurland. Wenn das aber nicht richtig wäre... (Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Meine Herren, zu den Ausführungen bin ich direkt provoziert worden durch die Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, der diese Proklamierung des Herzogs würde als Rechtsgrundlage für die künftige Gestaltung Kurlands betrachtet hat. Darauf muß ich antworten können (Sehr richtig! und Zornen bei den II. S.), und ich muß auch deshalb darauf antworten können, weil daß meiner Überzeugung nach für Preußen und Deutschland die schwersten Gefahren mit sich bringt (Lebhafte Zustimmung bei den II. S.), wenn da ein halsabsolutistisches Nebenamt dem preußischen Monarchen angeboten wird. Das heißt: angeboten wird ist eigentlich ein halscher Ausdruck; er selber will es sich ja antun lassen. (Glocke.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Meine Herren, so schlimm hat es selbst das Karenregiment in seiner verbrecherischsten Zeit nicht gemacht, wie hier ein deutscher Reichslehrer in den baltischen Provinzen, die Sie für das Deutsche gern genommen wollen. (Sehr richtig! bei den II. S.) Ich weiß nicht — da appelliere ich an die Herren Konservativen: — wie stehen Sie dazu, billigen Sie das? (Ausruf bei den II. S.: Selbstverständlichkeit! — Heiterkeit.) Da Sie über diese Zwischenbemerkung lachen, nehme ich an, Sie missbilligen die Verkündung. (Zornes riecht.) Da Sie den Zwischenruf für lächerlich halten, nehme ich an, Sie missbilligen die Verkündung. Herr Krebs nicht. Zum ersten Mal ist Herr Krebs mit mir eines Einklangs. Ich freue mich also, konstatiert an Ihnen, daß selbst Vertreter der deutschen konservativen Partei diese Verordnung missbilligen. (Heiterkeit und Zornes riecht. — Gegenrufe bei den II. S.)

Auch, meine Herren, der weitere Verlauf der Dinge. Es ist eine Verordnung erlassen worden, die nach dem Einmarsch in Livland und Estland, nach der Erstürmung von Dorpat publiziert worden ist, und die in ihrer Art ein Dokument preußischer Regierungskunst ist, das ich Ihnen nicht vorenthalten kann. Es richtet sich — merken Sie wohl — gegen die bolschewistischen Truppen:

Die bolschewistischen Truppen führen bei ihrer Flucht friedliche Bürger als Gefangene mit sich fort und tönen nicht vor Mordtaten zurück. Ich befahle: alle erzwungenen Bolschewitsch, Agitatoren, Demontanten, Note Gardistenführer sind als Geiseln in sicherem Gewahrsam zu halten. Für jeden von den Bolschewisten ermordeten Letten, Esten oder Deutschen sind die strengsten Verfolgungsmaßnahmen zu treffen.

Die bolschewistische Regierung hat den Aufruhr zur Organisation des Bandenkrieges im Rücken des deutschen Heeres erlassen. Ich befahle: unmenschliche Trennung, mit allen Mitteln Bandenbildung zu verhindern. Die Banden stehen außerhalb des Österreichs, sie sind zu vernichten. Alle solche Männer und Mörder ist die Ause zu schade, ihnen gebührt der Strang. (Großer rechts. — Pfuirse und andre erregte Zwischenrufe bei den II. S.) Das ist die Tatik der russischen Hängegendarmen.

Die Verhütung richtet sich gegen Soldaten, die von der russischen Regierung in bloßherzigem russischen Gebiet hingeholt sind, das zu der Zeit und heute noch nicht von Russland abgetreten ist. (Sehr richtig! bei den II. S.) Ob sie russische Soldaten oder Note Gardisten oder Bolschewiki genannt werden, ist ganz gleich, sie sind die Truppen der russischen Regierung und sind vollberechtigte Soldaten, genau wie deutsche Soldaten. (Sehr richtig! bei den II. S.) — (Ausruf rechts.)

Wie Sie sich benommen haben, daß kann ich nicht untersuchen, weil mir die Tatsachen nicht vorliegen. Es handelt sich hier darum, daß die deutschen Befehlshaber ohne jeden Funken von Recht im Kampfe gegen Russland die russischen Truppen im russischen Gebiet als Banden behandeln und aufhängen lassen. (Erneuter Ausruf rechts.) Herr Krebs, Sie sagen, es sind "reisende" Truppen. Es handelt sich nicht darum, wie sie sich benehmen. (Widerspruch rechts.)

An dieser Stelle kam es zu einem

erregten Zusammenstoß mit dem Präsidenten.

Vizepräsident Dr. Paasche: Es handelt sich hier nicht um russische Truppen; ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Ledebour: Sie haben sich nicht in die sachliche Debatte einzumischen und kein Recht zu diesem Erörterungsrecht!

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich verbitte mir die Kritik meiner Geschäftsführung und halte den Ordnungsruft aufrecht.

Gebahste Zwischenrufe und große Erregung bei den II. S., Abg. Ledebour protestiert lebhaft gegen die Ausführungen des Vizepräsidenten; dieser wiederholt unter andauerndem Läuten der Glocke seine Anordnungen und läßt an, er werde das Haus fragen, ob es den Redner weiter hören wolle. Schließlich bittet er um Ruhe für Ledebour.

Abg. Ledebour: Meine Herren, ich mache noch auf eine ausserordentliche. Mit der Bolschewikregierung hat die deutsche Regierung einen Frieden geschlossen. Sie verhandelte mit ihr, sie schließt Frieden mit ihr. Gleichzeitig aber werden die Bolschewiki versucht und zum Stenge verurteilt auf russischem Gebiet. (Sehr wahr! bei den II. S. Zuruf rechts: Weiter!) Die Herren unterhalten sich da so laut, und ich bin heute stark erkrankt. (Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Verzeihen Sie, Herr Präsident, ich will Ihnen den Beweis liefern, daß das im engsten Zusammenhang mit dem russischen Vertrag steht, denn in diesem Vertrage wird gesagt, daß mit der Bevölkerung jener Gebiete zusammen deren künftige staatliche Geschichte ausgearbeitet werden sollen, und die preußische und deutsche Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die bisherigen Amtshandlungen — jene angeblichen Amtshandlungen — präsumtiv anzusehen sind als Grundlage dafür. (Sehr richtig! bei den II. S.) In diesen Amtshandlungen gehört auch die Proklamation des Herzogs von Kurland. Wenn das aber nicht richtig wäre... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Darüber brauchen Sie sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Wir haben es hier mit dem russischen Friedensvertrag zu tun.

Abg. Ledebour: Verzeihen Sie, Herr Präsident, ich will Ihnen den Beweis liefern, daß das im engsten Zusammenhang mit dem russischen Vertrag steht, denn in diesem Vertrage wird gesagt, daß mit der Bevölkerung jener Gebiete zusammen deren künftige staatliche Geschichte ausgearbeitet werden sollen, und die preußische und deutsche Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß die bisherigen Amtshandlungen — jene angeblichen Amtshandlungen — präsumtiv anzusehen sind als Grundlage dafür. (Sehr richtig! bei den II. S.) In diesen Amtshandlungen gehört auch die Proklamation des Herzogs von Kurland. Wenn das aber nicht richtig wäre... (Glocke des Präsidenten.)

Abg. Ledebour: Meine Herren, zu den Ausführungen bin ich direkt provoziert worden durch die Ausführungen des Herrn Grafen Westarp, der diese Proklamierung des Herzogs würde als Rechtsgrundlage für die künftige Gestaltung Kurlands betrachtet hat. Darauf muß ich antworten können (Sehr richtig! und Zornen bei den II. S.), und ich muß auch deshalb darauf antworten können, weil daß meiner Überzeugung nach für Preußen und Deutschland die schwersten Gefahren mit sich bringt (Lebhafte Zustimmung bei den II. S.), wenn da ein halsabsolutistisches Nebenamt dem preußischen Monarchen angeboten wird. Das heißt: angeboten wird ist eigentlich ein halscher Ausdruck; er selber will es sich ja antun lassen. (Glocke.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten werden sollten, einmarschierten und dort

eine Gewaltsherrschaft schlimmster Art aufrechterhalten hat.

(Hört, hört! bei den II. S.) Meine Herren, es liegt mir darüber soviel Material vor, daß ich mich darauf bechränken werde, Ihnen nur einige wenige Tatsachen aus amtlichen Aktenstücken mitzuteilen. Eine Verordnung, die der General von Kirbach zum Zwecke der Sicherstellung der politischen Ordnung nach einem Platz Platz vom 20. Dezember 1917 erlassen hat, enthält so unerhörte Sätze, daß ich fast überzeugt bin, sie werden bei Menschen mit normalem Menschenverstand die tiefste Empörung und Hervorruhen müssen. Ich beschreibe mich darauf, den § 1 zu verlesen:

"Wer es unternimmt, öffentlich vor Mehreren oder durch Verbreitung öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder andern Darstellungen zu Tätschkeiten gegen deutsche Truppen oder Angehörige derselben oder zur Widersätzlichkeit gegen eine deutsche Wehr oder zum Ungehorsam gegen deutsche Wehr oder gegen Verordnungen oder Anordnungen der deutschen Militärbehörde und Behörden aufzufordern, wird mit dem Tode bestraft." (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer gegen eine Verordnung oder Anordnung der deutschen Militärbehörde zum Ungehorsam auffordert, wird mit dem Tode bestraft. Weiter:

"Welche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, Schriften oder Darstellungen zu den vorbezeichneten Zwecken heranzustellen oder an sich zu bringen?" (Hört, hört! bei den II. S.) Also wer ein Flugblatt, das zum Ungehorsam auffordert, "an sich bringt", wird mit dem Tode bestraft. (Hört, hört! bei den II. S.)

Abg. Ledebour: Die große Gefahr, die aus all diesen Geschichten für Deutschland entsteht, ist aber die, daß durch die Beschlüsse, die sich aus allen diesen Machenschaften ergeben, Deutschland notwendigerweise in eine tiefe Feindschaft mit dem lettischen und estnischen Volke und weiterhin mit dem russischen und den anderen östlichen Völkern hineinkommen muß, und diese Feindschaft wird noch dadurch verstärkt, daß fest die deutsche Regierung ohne weiteres, ehe der Friede geschlossen war, in die Gebiete, die noch nicht einmal von Russland abgetreten

säuber halten es gar nicht nötig, diesen Frieden zu schließen, weil sie keinen Krieg mit uns hätten. (Sehr wahr! bei den II. S.) Am übrigen kann ich nur noch bestätigen, daß tatsächlich die sogenannte Rote Regierung die rechtmäßige war, um nach Ihrer Aussicht zu reden; denn die zaristische Regierung hatte widerrechtlich den sozialistischen finnischen Landtag aufgelöst, hatte wiederrechtlich einen neuen Landtag wählen lassen, und die so widerrechtlich zusammengekommene bürgerliche Mehrheit hatte dann die neue Regierung gebildet. Wenn man also von Rechtsfragen ausgeht, wie Sie das bei solchen Fragen notwendigerweise tun müssen, dann war die Rote Regierung die gerechtsame gegenüber der Weißen Regierung. Sie haben sich in die finnländischen Verhältnisse eingemischt, indem Sie die unrechtmäßige Weiße Regierung gegen die rechtmäßige Rote Regierung unterstützt haben. (Sehr wahr! bei den II. S.)

Daraus geht

die Verwerflichkeit dieser Einigung

an sich hervor, die Deutschland obendrein für die Zukunft natürlich schwere Nachteile ausüben wird, da eine solche Einigung in innere Verhältnisse immer dem Lande zum Schaden gereicht, das solche Interventionspolitik treibt. Ich denke, Preußen hätte doch aus der Erfahrung, die der Herzog von Braunschweig zur Zeit der französischen Revolution ihm auf den Thron geladen hat, lovet lernen sollen, daß es ähnliche Unternehmungen nie wieder unternimmt, wenn sie natürlich auch in Finnland nicht solche unheilvollen kriegerischen Folgen haben können wie damals der Einmarsch des Herzogs von Braunschweig, der mit der Kanonade von Valmy endete. Aber politische Folgen zu unsern Nachteil wird das gleichfalls haben. Es ist nur, weil die deutsche Regierung das Bedürfnis fühlte, gegen eine sozialistische Regierung vorzugehen. (Sehr wahr! bei den II. S.) Es ist der

Bormarsch der Reaktion gegen den Sozialismus für den Kapitalismus.

Die deutsche Regierung hat sich mit ihrem Einmarsch in Finnland als nacktes Organ des kapitalistischen Klassenkampfes gegen den Sozialismus geriert. (Lebhafte Zustimmung bei den II. S.) Wie Sozialisten irgendwelcher Form einer solchen Regierung noch Unterstüzung angebieten lassen können, ist mir allerdings vollkommen unverständlich.

Eins, meine Herren, hat mich denn doch gewundert: Sie alle haben sich die beiden Friedensverträge durchgelesen, nehme ich an, und kein Vertreter einer der bisherigen Parteien ist auf

die armenische Frage

eingegangen. In dem Friedensvertrag mit Russland heißt es im Artikel IV, nachdem vorher die Räumung der anatolischen türkischen Gebiete von den russischen Truppen ausgedehnt wird:

Der Bezirk Erdehan, Kars und Batum werden gleichfalls ohne Bezug von den russischen Truppen geräumt. Russland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.

M. P., der Sinn dieser Forderung ist der, daß die Türkei diese drei bisher russischen Provinzen übernehmen soll.

Aber ich mache noch auf eins aufmerksam: die Verfasser dieses Entwurfs müssen von der Geographie dieser Gebiete nur eine höchstschwierige Vorstellung gehabt haben. Es wird gesagt: die Bevölkerung dieser Bezirke soll im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich mit der Türkei, sie durchführen. Ich stelle an die deutsche Reichsregierung die Frage, welche anderen Nachbarstaaten denn da noch außer der Türkei in Betracht kommen. Die gegenwärtige kaukasische Provinzialregierung ist ein Bestandteil des russischen Staates. Die russische Regierung soll sich da nicht einzumischen. Es fragt sich also: mit welchen andern Nachbarstaaten? Darüber bin ich wirklich sehr neugierig zu erfahren, welche andern Nachbarstaaten außer der Türkei diese Gebiete denn noch haben. Aber praktisch kommt es darauf hinaus, daß die Türkei den Versuch machen wird, diese Gebiete zu besetzen. Was heißt das? Ethnographisch besteht die Bevölkerung der beiden Bezirke Erdehan und Kars in der Mehrheit aus Armeniern und Mohammedanern; Türken und Tataren sind nur in geringer Minderzahl. In dem Bezirk Batum besteht die Mehrheit aus Waffen, Georgiern und Armeniern; eigentlich Türken sind auch fast gar nicht da. Also einen ethnographischen Anspruch hat die Türkei nicht. Sie kann höchstens den historischen geltend machen, daß bis 1878 diese drei Bezirke zu der Türkei gehört haben. Das ist in unseren Augen absolut keine Rechtfertigung.

Aber, m. H., das allerhöchste ist folgendes: Die armenische und georgische Bevölkerung dieser Gebiete

sieht der Gefahr der Ausrottung entgegen,

wenn die Türken einmarschieren. (Sehr wahr! bei den II. S.) Das ist nicht etwa eine aus der Lust geprägte Vermutung; denn die Türken haben jetzt während des Krieges schon in den anatolischen Provinzen, die von Armeniern in der Hauptstadt bewohnt werden, die armenische Bevölkerung nahezu ausgerottet. (Hört, hört! bei den II. S.) Die Zahlen darüber werden verschieden angegeben. Die ausgerotteten Armenier werden auf 500 000 bis über eine Million geschätzt, ausgerottet durch die türkischen Truppen, durch die Bundesgenossen Deutschlands!

Nun ist es mir nicht unbekannt, daß sich die Armenier nicht bloß an uns, sondern auch an andre Parteien dieses Hauses um Hilfe gewandt haben, an Parteien, die gerade auf ihr Christentum besonders stolz sind, und da gehen sie nun der Möglichkeit entgegen, daß durch die einmarschierenden türkisch-moslemischen Truppen aus Gläubigen ihres Glaubens die christlichen Armenier ausgerottet oder dezimiert werden. Ich erwarte, meine Herren, daß Sie austreten und von der deutschen Regierung verlangen würden, daß Sie solle einschreiten, damit unter keinen Umständen die Möglichkeit geschaffen wird, daß solche Meheleien, wie sie im eigentlichen türkischen Armenien stattfinden, jetzt auch in diesen russisch-armenisch-georgischen Gebieten stattfinden. Aber keiner von Ihnen hat einen Ton darüber gesagt. (Hört, hört! bei den II. S.) Alle uns Sozialisten ist es natürlich gleichgültig, ob es sich um Türken, Armenier, Mohammedaner, Buddhisten, Juden oder Heiden irgendwelcher Art handelt; wir treten gegen jede Vergewaltigung eines Volkes auf, ganz gleichgültig, welchen Glaubens oder welcher Sprache es ist. Deshalb erheben wir unsere Stimme dagegen, daß durch die Mithilfe der deutschen Regierung die weitere Ausrottung der Armenier vor sich geht. Die Armenier können mit Recht daraus hinweisen, daß sie gegen den Verdacht reichlich sind, als ob sie die Türken hätten zerstören wollen. Sie haben sich gerade zu der Zeit der türkischen Revolution auf die Seite der Jungtürken gestellt, die jetzt in der Türkei am Anderen sind. Das ist von den Jungtürken selber angerichtet worden. Und trotzdem während dieses Krieges diese Meheleien! Deshalb ist die Gefahr nicht zu langen, daß die Meheleien weitergehen.

Was kann nun geschehen? Die deutsche und die österreichische Regierung darf nicht gestatten, daß türkische Truppen jetzt in dieses Gebiet einmarschieren. Wenn Sie glauben, daß sich die Bevölkerung dieses Gebiets nicht selbst schützen kann — Sie kann sich nach unserer Ansicht genau so gut vor Münzerbanden schützen, wie Deutsche, Franzosen, Österreicher und Russen —, dann müßten Sie wenigstens dafür sorgen, daß neutrale Truppen das Land besetzen; dann wende man sich an Schweden oder an die Schweiz, die werden bereitwillig neutrale Truppen zur Verfügung stellen, die diese ungünstige Bevölkerung vor der Ausrottung durch die Türken schützen.

Wie die Bevölkerung ihre Zukunft gestalten will, ist ganz klar. Wenn Sie die Armenier und die Georgier fragen, werden Sie einstimmig antworten: wie wollen in den kaukasischen Bundesstaat eintreten, der jetzt bereits im Entstehen begriffen ist mit der Hauptstadt Tiflis. Vor wenigen Tagen hat unter dem Vorsitz des bekannten Sozialisten Tschauder, der in der russischen Duma eine große Rolle spielt und dort Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei der Menschheit war, in Tiflis eine Versammlung stattgefunden von Vertretern aller dortigen Völkerschaften, die entschieden gegen diese Besetzung des bisherigen russischen Gebiets in Armenien und Georgien durch die Türken protestiert hat. (Hört, hört! bei den II. S.)

Die Armenier und die Georgier dieser Gebiete sind bereit, sich mit diesem Bundesstaat zu amalgamieren. Es ist überhaupt die Zukunft des kaukasischen Gebiets, daß sich ein liberaler Bundesstaat aller dieser Völkerschaften bildet, zu denen auch die moslemischen Tataren am Kaspiischen Meer und anderwärts gehören, die gleichfalls dazu bereit sind. Sie wollen weder unter russische Fuchtel noch unter türkische Fuchtel kommen. Die russische Fuchtel ist ja jetzt nicht gefährlich für diese Gebiete, aber die türkische Fuchtel ist ja dringend, daß die deutsche Regierung ihrer eigenen Ehre wegen daß sie sorgen muß, daß keine Armenierniedermehlungen in diesen neuen Gebieten stattfinden können. Ob dieser Appell an die deutsche Regierung Erfolg haben wird, das ist mir nach allem, was ich bisher erlebt habe, sehr zweifelhaft.

Aber, meine Herren, ich appelliere an Sie, an die Parteien dieses Hauses, daß Sie da eingreifen. Wir werden Ihnen in der

Kommissionseröffnung Gelegenheit geben, Anträge zu formulieren, durch die der Reichstag zwingenden Einfluss zum Schutz dieser bedrohten Völkerschaften ausüben kann.

Ich weise bei dieser Gelegenheit gleich darauf hin, daß wir auch sonst, da es den Anschein hat, daß wir die Zustimmung des Reichstags an diesem Friedensvertrag nicht hindern können, wenigstens in der Kommission in der zweiten und dritten Sitzung vertreten werden, darauf hinzuarbeiten, daß gewissen Gefahren, die aus dem Friedensvertrage entstehen können, durch ein Entgegnen des Reichstags vorgebeugt wird.

Zu übrigen, meine Herren, haben ja diese ganzen Verhandlungen bei mir und meinen Freunden nur wieder von neuem die Überzeugung gefestigt, daß weiter in diesem Krieg noch kein Friedensschluß das wirkliche Selbstbestimmungsrecht der Völker gewird. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Was wir jetzt bei diesem Vergewaltigungskrieg erleben, ist die Proklamierung des Annexionsgedankens,

die Verwirklichung des Annexionsgedankens, zu dem Graf Schlippe und die Konservativen freudig, wie ich offen bekenne, zu dem Herrn Stresemann auch seine Zustimmung gegeben hat, wenn die Herren v. Hindenburg und Ludendorff das kommandieren. Der Herr Abgeordnete Stresemann ist nämlich der umgelehrte Marquis Posa. (Große Heiterkeit.) Marquis Posa sagte an seinem Klaren: Mein Herr, hegen Sie Gedankenfreiheit und Herr Stresemann sagt zu Hindenburg: Herr Generalfeldmarschall, ich verzichte auf Gedankenfreiheit, kommandieren Sie mir mich, was ich denken und tun soll. (Erneute groÙe Heiterkeit.)

Die übrigen Parteien dieses hohen Hauses, ja, meine Herren, Sie tun mir wirklich leid. (Schallende Heiterkeit.)

Was haben die drei Regierungsparteien damit renommiert, daß eine Regierung hier ist, repräsentiert hauptsächlich durch Herrn v. Beyer, dem Grafen Hartung und durch den hier abwesenden Friedberg, eine Regierung, die auf den 19. Juli einzuschwören ist und den Gedanken des 19. Juli verwirklichen soll? Meine Herren, die Resolution des 19. Juli wird durch diesen Friedensvertrag zu einem leeren Papier, mit dem Sie nicht mehr ansagen können selbst in dieser papierartigen Zeit. (Heiterkeit.) — (Ausruß aus dem Zentrum.) — Ach, Herr Erzberger, ich verstehe Ihren Schmerz, Sie sind — Vater paßt ja nicht, aber der Urheber dieses Regenpapiers. Daß Sie ihn gerade retten möchten, glaube ich gern; aber wenn Sie diesen Friedensvertrag annehmen, haben Sie den Annexionskrieg. (Widerspruch im Zentrum.) Das ist kein Verständigungs- sondern

ein Vergewaltigungskrieg.

(Zurufe aus dem Zentrum). „Freiheit der Völker!“ (Lachen bei den Unabh. Soz.)

Ich glaube, ich habe Ihnen dokumentarische Beweise geliefert, wie die deutsche Regierung mit der Freiheit der Völker umspringt, und da kommt dieser armlose Mann, Herr Erzberger (schallende Heiterkeit) und als letztes Rettungswort röhrt er heraus: „Freiheit der Völker!“ (Erneute groÙe Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, aus dieser grauslichen Blamage können Sie sich wirklich nur dadurch retten, daß Sie offen eingestehen, was Sie sind, daß Sie bisher verschleierte Annexionisten sind und von morgen an, wenn dieser Friedensvertrag perfekt ist, offene Annexionisten im Schlepptau des Herren Grafen von Westarp. (Heiterkeit.)

— (Ausruß.) Daß sich die Entwicklung der Dinge im deutschen Reichstag so vollzogen hat, ist ja für uns der Kampf nun viel einfacher. Wir brauchen künftig in diesen Fragen nicht mehr die Unterschiede zu machen. Wir können einfach den ganzen Annexionsblock von Westarp bis Scheidemann zusammengebaut bekämpfen.

So ist es auch in Niederbarnim; auch in Niederbarnim und überall werden wir den Kampf gegen den Annexionsblock führen (Zurufe) und wir verlassen uns darauf, daß, sobald erst einmal das freie Wort nicht mehr in diesen Wänden verhallt, sondern durch die Presse und durch die Versammlungen überall hinausdringen kann, dann die Arbeiterschaft und die Mehrheit des Volkes sich gleichfalls gegen die Annexionspolitiker wenden wird. (Zurufe.)

Die Zeit wird kommen, wo der Fluch der Annexionspolitik so trach in die Erscheinung treten wird, daß das Volk überall das verstehen und dagegen austreten wird, und dann mit den Annexionspolitikern anstreiten wird, welcher Parteiarbeiter sie auch angehören werden. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Dann wird die Zeit der Verwirklichung des wahren Völkerfriedens, des Sozialismus, gekommen sein, den wir erleben, dem wir vorarbeiten und dessen Sieg wir an erleben hoffen. (Lebhafte Bravo bei den Unabh. Soz.)

(Schluß des Berichts folgt morgen.)

Neues Theater.

Augustusplatz. (Kernstr. 14/15)

Mittwoch, den 20. März 1918

7. Auftritts-Vorstellung (2. Folge, rot):

„In der Armeniabildung“

Die Kreuzelschreiber.

Augustusplatz. (Kernstr. 14/15)

Mittwoch, den 20. März 1918

Veranstaltung des Kriegsbaus für kriegsbeschäftigte

Arbeiter: Minna von Barnhelm. (Klein Karnevalsauff.)

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Die Zuschlagskasse ist